



Saar-Freund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 6/7
4. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungs-
provisoria Seite 264) erbeten. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein,
Berlin SW. 11, Königsgräber Straße 64, Fernsprech-Anschluß: Amt Köpen 2246. — Bezugspreis monatlich
RM. 1,20. — Preis der Einzelnnummer RM. 0,20. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 64536 erbeten.

Berlin

15. März/1. April 1923

Deutsche Ostern 1923.

Von Ludwig Sertorius.

Und wieder will es Ostern werden, Ostern,
des großen Gleichniswunders von des Hellsands Tod
und Wiederaufstehn-Fest, das Fest des Frühlings,
das Fest des Lebens, das sich stets erneut. —

Ostern im deutschen Land?
und ist doch Winter noch, grauhafter Winter,
wenn auch schon grün sich kleiden Feld und Wald
zum Fest des ewigen, immer neuen Werdens:
Winter in deutschen Herzen! —

Ostern ein Fest? Mag sein für Gras und Kräuter,
für Sträucher, Bäume, Pflanzen, Vögel, Tiere,
für Bach und Wief und Rain und Wald, für alles,
was lenzt und grünt und sproßt in deutschen Landen:
für alle ist's ein Fest. Nur für die Menschen,
die deutschen Menschen, die das Land bewohnen,
ist keine Ostern diesmal, ist kein Fest:
wird's nimmer Frühling, bis der fremden Knechtschaft
schwerwuchsend Eis nicht schmolz, das schon seit Jahren
mit Todeskälte deutsche Herzen festsetzt.
Kein Frühlingsfest, kein Fest der Freude nimmer
solange an Rhein und Ruhr und Saar noch Deutsche,
noch deutsche Brüder unterm Fremdschloß trauern.
Kein Fest!

Auf rheinischen Straßen ziehen fremde Söldner,
in rheinischen Städten herrscht der welsche Feind
und seiner Willkür schrankenloses Rasen,
verjagt von Haus und Hof Mann, Frau und Kind,
wirft sie in Kerker und bestiehlt die Opfer,
nur, weil sie deutsch und treu, um Heim und Gut.
Und während von den Türmen Osterglocken
der Gottesbotschaft hohen Frieden künden,
zerflattert weh im Wind das bange Flehen
von deutschen Frauen unter farb'gen Bestien. —
Ostern am Rhein!

Wo sonst des Bergmanns fleiß'ger Hammerschlag
in tausend Schächten friedlich Kohle fördert,
in hundert Städten Friedensarbeit ward
zu Ruh und Segen für Millionen Menschen,
dort an der Ruhr steht heut der fremde Feind
uns unsres Schweiges Lohn, der Arbeit Früchte,
tobt Schrecken, Plünderung, Raub und Mord, durchzucken

gleich Peitschenschlägen Schüsse wild die Luft,
verenden Deutsche, schuldlos hingemordet,
grausam gefoltert unter fremden Kolben. —
Ostern an der Ruhr!

Das Saarloch löhnt. Der Knechtschaft schwere Fessel
reißt wund dies Volk nun bald das fünfte Jahr
Fünf Jahre kämpft dies Volk, so deutsch wie jedes,
um Sprache, Schule, Sitte, Kirche, Recht.
Und steht allein! Allein, da welsche Güte
und eine Lüge, die Vertrag sich schimpfte,
es feig vom Reich getrennt und ausgeliefert.
Oh Hohn und Schande, dem freivolten Spiel
von Kreaturen, die in Frankreichs Solde
Schindluder treiben mit dem Recht des Volks! —
Ostern an der Saar!

Ostern an Rhein und Ruhr und Saar! O deutsche Ostern!
Kein Frühlingsfest fürwahr, kein Fest der Freude,
solange auf deutscher Charzzeit bittre Passion
nicht folgt der Auferstehung Hallelujasingen!
Solange auf welschen Winter nicht der Frühling folgt,
der deutsche Frühling und das neue Werden:
Solange kein Fest!

Kein Jubelrufen denn in diesen Ostern!
S'ist kein Grund zum Freuen und kein Grund zu lachen!
Zu erster Einklehr sammelt, Brüder, euch,
und gebt vereint der großen Hoffnung Worte,
der großen Hoffnung, daß es wieder lenzt,
daß neuer Frühling schmilzt des Eises Fesseln,
und neues Ostern eure Prüfung endet.
Des seid gedenk in diesen grauen Ostern,
da nur die Not aus aller Augen spricht.
Ein hoffend Ahnen geh durch eure Herzen:
Es kommt das Ostern, das die Not zerbricht.

So reicht in diesem Ahnen euch die Hände
und schwört vereint, daß euch bereitet fände
das neue Ostern, wanns auch immer sei.
Und als Gebet, daß sich das Schicksal wende,
daß diese Ostern euren Winter ende,
schickt auf zu Gott den Schrei, den großen Schrei:

„Herr, mach uns frei!“

Der beabsichtigte Raub!

Von Bernhard Kauff.

Ein Franzose hat die Heuchelei als die Huldigung bezeichnet, die das Völkchen der Tugend darbringt. In den Künsten dieser Heuchelei sind die Franzosen seit jeher Meister gewesen. Seit Jahrhunderten haben sie ihre geheimsten politischen Ziele zu verbergen und ihre Eingriffe in das Recht anderer mit zynischer Sophistik zu umkleiden verstanden. Nie hat Frankreich verwinden können, daß die Erfüllung seines Traumes einer Hegemonie in Europa immer nur von kurzer Dauer war. Nach dem zweiten Pariser Frieden vom Jahre 1815 sehnte es sich ständig nach der Wiederkehr des großen napoleonischen Imperiums. Wenn die Franzosen nach 1871 unter der Devise „niemals davon sprechen und immer daran denken“, auf den Tag der Rache warteten, so dachten sie nicht allein an Elsaß-Lothringen, sondern auch an das Saargebiet, das bei dem ersten Pariser Frieden von 1814 Frankreich noch belassen worden war und erst im zweiten Pariser Frieden von 1815 wieder in seine rechtmäßigen deutschen Hände gelangte. Ein klarer Beweis dafür ist eine Auslassung des französischen Botschafters in Berlin, Courcel, vom 3. Dezember 1884. Ihm hatte Bismarck damals, als Deutschland noch in relativ guten Beziehungen zu Frankreich stand, gesagt: „Ich wünsche dahin zu kommen, daß Sie uns Sedan vergeben, wie Sie Waterloo vergeben haben.“ Der französische Botschafter aber schrieb nach Paris:

„Wenn wir darauf hörten, würde vielleicht ein Nachfolger Bismarcks unseren Enkeln sagen: Ich wünsche, daß Sie uns eine neue Niederlage und eine neue Verstümmelung verzeihen, wie Sie Sedan verzeihen haben. Das beweist, wie rücksichtslos, verhängnisvoll und folgen schwer der Reichtum derer gewesen ist, die... es versucht haben, in den Augen Frankreichs die Verträge von 1815 zu rechtfertigen und in den Herzen der Franzosen den Groll über die schmerzlichen Amputationen jener Epoche zu beschwichtigen.“

Daß die Annexion des Saargebiets den französischen Imperialisten schon lange vorgeschwebt hat, beweist ferner der am 11. März 1917 abgeschlossene französisch-russische Geheimvertrag, der den anderen kriegführenden Mächten vorenthalten wurde. Dieser Vertrag, der auf Grund zweier Denkschriften vom 12. und 14. Februar 1917 abgeschlossen wurde, steht nicht nur die Rückgabe von Elsaß-Lothringen vor, sondern auch eine Sonderstellung Frankreichs im Saartal! Die Denkschriften sprechen davon, daß die Grenze von Lothringen mindestens die Grenze des ehemaligen Herzogtums Lothringen sein müsse. Alle seine Pläne hat Frankreich in Versailles bekanntlich nicht verwirklichen können, aber die Weltfremdheit Wilsons und der charakterlose Kompromißgeist Lloyd Georges eröffneten ihm doch immerhin die Aussicht, auf einem Umweg zum Ziele gelangen, und auch die Saarfrage in einem späteren Zeitpunkt zusammen mit den anderen „Irrtümern von Versailles“ revidieren zu können. Den Lesern des „Saarfreundes“ sind die Ausführungen bekannt, die das Mitglied der auswärtigen Kammerkommission Ferry unlängst vor französischen Industriellen über die Zukunft des Saargebiets gemacht hat, in denen er schämevoll erklärte, daß jetzt, nachdem die gesamte Reparationsfrage mit dem Versailler Vertrag erneut zur Diskussion gestellt seien, der Augenblick gekommen sei, die Saarfrage zu lösen, womit er die völlige Annexion dieses deutschen Gebietes meinte.

Wir bitten unsere Leser, das unregelmäßige Erscheinen mit den erschwerten Verkehrsverhältnissen im Rheinland zu entschuldigen. Als Ersatz für die Verspätung dient die heutige

Doppelnummer.

Ein klassisches Zeugnis dafür, daß Frankreich das Saargebiet schon völlig als seine Herrschaftsdomäne betrachtet und es ganz selbstverständlich findet, daß in ihr eine systematische Französisierungspolitik getrieben wird, ist die jetzt bekannt gewordene

geheime Denkschrift des Vorsitzenden der Finanzkommission der französischen Deputiertenkammer, Dariac, vom 25. Mai 1922.¹

Dariac sagt in dieser nur für die Ohren französischer Deputierter bestimmten Denkschrift:

„Die französische Politik im Saargebiet muß methodisch und klug vorgehen, ohne vorläufige Geste wie ohne übertriebene Ungestlichkeit.“

In diesem Lande verbinden sich lothringische deutschsprechende Elemente, der eingeborene Volksstamm mit Jahrhunderte alter Vergangenheit mit Elementen preussischen Ursprungs, die seit den Verträgen von 1815 zahlreich aus dem Norden hinzugekommen sind.

Bergarbeiter, Beamte, Kaufleute, die seit langem in der Industriezone niedergelassen waren. Sie stellen über der Masse der lothringischen Landbevölkerung eine tätigere, besser organisierte Klasse dar, die an den Erinnerungen an Deutschlands Größe hängt und von Natur der französischen Aktion feindlich ist. Der Beamte ist uns im allgemeinen feindlich, der Lehrer bewahrt die deutsche Kultur und überträgt sie auf neue Generationen, die Geistlichkeit hält sich in diesem überwiegend katholischen Lande in all der Reserve, die durch die Unsicherheit der Zukunft erklärlich erscheint.

Eine abgestufte, gezielte, energische Politik ist nötig: die allmähliche Verdrängung der großdeutschen Beamten, die Eroberung der Schule, ein Bündnis mit der Geistlichkeit, bei der das Nationalgefühl leicht durch praktische Erwägungen über die Anpassung an die Formen eines neuen Regimes in Schranken gehalten werden kann, die Benutzung der Presse, die syndikalistische Organisation der Arbeiterschaft in bestimmtem Sinne (1) — das sind die Probleme, die sie uns darbieten.“

In dieser am 28. Mai vorigen Jahres geschriebenen Denkschrift äußert Herr Dariac starke Bedenken über die damals bevorstehenden Wahlen zum Landesrat, die er eine „verfrühte Volksbefragung“ nennt und von denen er sagt: „Wenn sie gut ausfällt, welcher Erfolg, aber wenn die Kandidaten Deutschlands das Übergewicht erlangen, welche Enttäuschung!“ Die Bevölkerung des Saargebiets hat Herrn Dariac bekanntlich sehr gründlich enttäuscht. Von Dariacs Äußerungen über den Landesrat des Saargebiets sei noch folgendes hier wiedergegeben:

„Natürlich müssen alle Verhandlungen, Anregungen, Entschlüsse, welche direkt oder indirekt einen Angriff auf den durch den Versailler Vertrag geschaffenen Rechtszustand oder auf die hieraus hergeleiteten Anordnungen der Regierungskommission beabsichtigen, null und nichtig sein.“

Wird man aber mit dieser Null- und Nichtigkeitsklärung eine gewählte Körperschaft verhindern können, Wünsche auszuspochen und sie zur Kenntnis der öffentlichen Meinung im Saargebiet, in Deutschland und in den alliierten Ländern zu bringen? Tatsächlich wird damit zum ersten Male der Saarbevölkerung

¹ Geheimdokumente über die französische Ruhrpolitik, eingeleitet und herausgegeben von Bernhard Kauff, Zentralverlag, 1923.

² Nr. 18 des „Saar-Freund“ 1922.

zung das Wort erteilt, und sie wird sich für oder gegen Frankreich aussprechen. **Gefährliche Möglichkeiten!**

Freilich, wenn auch alle Wähler, die im Saargebiet wohnen, das Recht haben, ihre Stimme abzugeben, so werden doch nur Saarländer, die über 25 Jahre alt und innerhalb der Saargrenzen geboren sind, wählbar sein. Eine ungenügende Beschränkung, die zwar gewisse, erst seit kurzem im dringenden Interesse der deutschen Sache eingewanderte Berufspolitiker lahmlegt, sich aber nicht auf die ungezählten Söhne ausgewanderter preussischer Beamten und Kaufleute bezieht, die im Saargebiet geboren, neueren Ursprungs und von zweideutiger Haltung sind, und die in einer Wahlbefragung viel weniger die Rückkehr zu einer verlorenen Freiheit (!) sehen als die Möglichkeit, ein Glaubensbekenntnis für die Zukunft des Saarlandes abzugeben. Wer wird solche Leute daran verhindern, den Wahlen den Charakter eines Volksgerichts zu geben und unter dem harmlosen Anschein, eine beratende Körperschaft zu wählen, die saarländische Bevölkerung über ihr Schicksal zu befragen? Und wie, wenn die deutschen Gruppen sich nicht in Stimmenthaltung flüchten, sondern an die Spitze ihres Programms die Reichstreue stellen — durch welche Mittel wird man sich ihrer Propaganda und deren schädlichen Folgen widersetzen können?

Aus der Bemerkung Darlacs über die Flucht in die Stimmenthaltung ersieht man, wie richtig es war, daß die politischen Parteien des Saargebiets die ursprüngliche Absicht eines Wahlkreises aufgaben und sich geschlossen an den Wahlen zum Landesrat beteiligten.

Nach den Erfahrungen, die Frankreich inzwischen mit dem Saargebiet gemacht hat, darf man wohl annehmen, daß der Traum, die Saar auf dem Wege der „friedlichen Durchdringung“ zu gewinnen, in Paris endgültig begraben worden ist. Bleibt den Franzosen also nur noch die brutale Gewalt, und die erneuten Drangsalierungen der Bevölkerung durch politische Ausweisungen, Aufdrängung eines Mauthorbsgesetzes und der Frankenwährung zeigen, daß die Agenten Poincarés an der Saar hinter denen an Rhein und Ruhr nicht zurückstehen wollen.

Das Saargebiet bildet mit dem vergewaltigten Rhein- und Ruhrgebiet eine politische Einheit, und ebensowenig wie es dem 39-Millionen-Volk der Franzosen gelingen kann, den siebenten Teil eines Volkes von 70 Millionen in dauernde Sklaverei zu zwingen, so wenig wird ihm der Raub des deutschen Saargebiets gelingen. Die Befreiungstunde für Rhein und Ruhr wird auch die Befreiungstunde der Deutschen an der Saar sein.

Um die Anwesenheit der französischen Truppen im Saargebiet.

Die politischen Absichten, die mit ihnen verfolgt werden: Die Beeinflussung der Abstimmung. — Deutsche Auffassung. — Auslegungsschwierigkeiten der Saarregierung.

In den letzten Wochen und Monaten stand die Frage der unberechtigten Anwesenheit französischer Besatzungstruppen im Saargebiet erneut im Vordergrund des Interesses. Die Tatsache, daß die Saarregierung trotz entgegenstehender Bestimmungen des Versailler Diktats und trotz der Auffassung des Völkerbundesrats — mag er sich angesichts des beherrschenden französischen Einflusses noch so vorsichtig um eine klare Stellungnahme herumgedrückt haben — es bisher unterlassen hat, ernstlich an einen Abbau der französischen Besatzung heranzugehen, hat die Bevölkerung immer wieder veranlaßt, auf den rechtswidrigen Aufenthalt der französischen Besatzung hinzuweisen. Auch die deutsche Regierung hielt sich als Vertragspartnerin für verpflichtet, den Völkerbundsrat erneut auf den rechtswidrigen Zustand hinzuweisen, der durch das durchsichtige Verhalten der Saarregierung hinsichtlich der Besatzungsfrage noch immer an der Saar besteht. Aus diesem Grunde wurden seit August v. J. mehrere Noten und Denkschriften an den Völkerbund gerichtet, in denen die beiden grundverschiedenen Ansichten zum Ausdruck kommen. Während sich die deutsche Regierung und die Saargebietsbevölkerung auf den Boden der im Versailler Diktat aufgestellten Bestimmungen stellen, versucht die Saarregierung unter geradezu sophistischer „Auslegung“ der Saarbesatzungsbestimmungen die Interessen Frankreichs zu vertreten, indem sie die Anwesenheit französischer Truppen nicht nur duldet, sondern sie nach jeder Richtung hin zu stützen sucht.

Es ist nicht ohne Interesse, daß die Saarregierung in ihren Rechtfertigungsversuchen sehr ausgedehnte Erklärungen gibt, es aber wohlweislich unterläßt, die wahren Gründe der Belassung französischer Truppen an der Saar anzugeben. Diese aber sind: Unter dem Nachdruck französischer Militärs versucht die Saarregierung die Bevölkerung einzuschüchtern, unter seinem Schutz stehende Epikel- und Propagandaorganisationen ungehindert arbeiten zu lassen, die strategischen Verkehrslinien Frankreichs, die aus Vorbringen ins besetzte Rheinland führen, nicht unterbrechen zu lassen, und alles mit dem Endziel, die Abstimmung und ihre Vorbereitungen in französischem Sinne zu beeinflussen.

Die entsprechenden Noten sind schon längere Zeit veröffentlicht; der Abdruck im „Saarfreund“ mußte mit Rücksicht auf den außerordentlichen Stoffandrang der letzten Zeit und auf die notwendig gewordene textliche Einschränkung unseres Mitteilungsblattes bisher unterbleiben. Wir geben sie nunmehr hier im Zusammenhang wieder.

Am 18. August v. J. richtete

die deutsche Regierung

in der Frage der Anwesenheit französischer Truppen an der Saar ein neues Schreiben an das Generalsekretariat des Völkerbundes in Genf, aus welchem wir folgende Stellen wiedergeben:

Die Reichsregierung steht sich gezwungen, von neuem die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet zu lenken.

Zu dieser Angelegenheit hatte die Reichsregierung bereits am 12. Februar und am 4. Mai 1921 Briefe an den Völkerbund gerichtet und hatte in deren Beantwortung unterm 25. Juli 1921 einen Brief erhalten, dem die Abschrift eines Berichtes beigelegt war, der am 20. Juni 1920 vom Völkerbund genehmigt worden war. Dieser Bericht bestätigte den bereits am 13. Februar 1920 vom Völkerbundsrat eingenommenen Standpunkt, wonach die Verwendung ausländischer Truppen im Saargebiet nicht als eine dauernde Einrichtung der Verwaltung dieses Gebietes angesehen werden könne, sondern, daß im Gegenteil man auf sie verzichten werde, sobald der Ausbau der lokalen Gendarmerie das gestatte.

Sie hat auch keine Kenntnis davon, daß im Laufe des vergangenen und des laufenden Jahres die lokale Gendarmerie nennenswert ausgebaut worden wäre; im gegenwärtigen Augenblick dürfte sie wohl nicht mehr als 114 Mann umfassen. Folglich bilden die französischen Truppen heute noch das Hauptelement für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet. Angesichts dieser Situation vermag die Reichsregierung nicht mehr mit Stillschweigen über diese Frage hinwegzugehen.

Die Reichsregierung lenkt die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß sie selbst kraft desselben Vertrages, der für das Saargebiet die Schaffung einer lokalen Gendarmerie als einziges Mittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung vorsieht, eine grundlegende Umwandlung ihrer alten Armee vornehmen mußte, deren Rekrutierung bis dahin auf dem Grundsatze der allgemeinen Wehrpflicht beruhte, und zwar ohne Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die sich für sie aus dieser Umwandlung ergaben und ohne Rücksicht auf die finanziellen Opfer, die sie ihr auferlegte. Im übrigen kennt die Reichsregierung die Bevölkerung im Saargebiet genügend, um sagen zu können, daß diese gern die finanziellen Lasten, die aus der Unterhaltung einer lokalen Gendarmerie entstehen, tragen wird, wenn sie dafür von dem moralischen Druck befreit wäre, den die Anwesenheit der französischen Truppen mit sich bringt und dessen Schwere die Bevölkerung viel lebhafter empfindet.

Endlich macht die Reichsregierung ganz besonders darauf aufmerksam, daß das Saargebiet ein Abstimmungsgebiet ist. In der Tat scheint es

unvereinbar mit dem Charakter eines Abstimmungsgebietes, daß man dort die Truppen einer am Abstimmungsergebnis interessierten Macht erhält. Zum Ueberflus ist das besondere Saarstatut gerade in der Absicht aufgestellt worden, der Bevölkerung zu gestatten, dadurch, daß man das Gebiet unter die Verwaltung des Völkerbundes stellte, frei ihre

Meinung über ihre endgültigen Geschicke auszusprechen. Die Freiheit dieser Abstimmung wäre in Frage gestellt und eine der wesentlichsten Bestimmungen des Versailler Vertrages wäre schwer verletzt, wenn die Aufrechterhaltung der Ordnung noch lange den Truppen einer der beiden Staaten anvertraut bliebe, die eine Anwartschaft auf die endgültige Zuteilung des Saargebiets besitzen. Jetzt, im Augenblick, wo mehr als ein Sechstel von den 15 Jahren bis zur Volksabstimmung im Saargebiet bereits verfloßen ist, betrachtet die Reichsregierung die Zurückziehung der französischen Truppen und ihre Ersetzung durch eine lokale Gendarmerie als eine der dringendsten Aufgaben, die sich hinsichtlich der Sicherstellung der Freiheit der Abstimmung ergeben.

Der augenblickliche Zustand steht im Widerspruch mit dem Abstimmungsscharakter des Saargebiets, und vor allem aus diesem Grunde muß diesen Zuständen ein Ende gemacht werden.

Aus diesen Beweggründen heraus ersucht die Reichsregierung den Völkerbund aufs neue, Maßnahmen ergreifen zu wollen, damit die französischen Truppen möglichst bald aus dem Saargebiet zurückgezogen werden.

Aus dem

Schreiben der Regierungskommission

heben wir folgendes hervor:

Das Saargebiet hat eine Flächeninhalt von 193 000 Hektar, bevölkert von 700 000 Einwohnern, von denen über 500 000 von der Entlohnung durch die Industrie und die Bergwerke leben. Die Dominalgruben, für deren Sicherheit der Völkerbund und die Regierungskommission, die ihn vertritt, Frankreich gegenüber verantwortlich sind, beuten ein Grubenfeld von etwa 650 000 qkm aus, das 120 Fördereschächte und zahlreiche Anlagen enthält. Sie beschäftigen 73 000 Arbeiter; ihre Arbeitsstätten liegen ziemlich zerstreut, einige liegen etwa 30 km von Saarbrücken entfernt.

Neben den Gruben erheben sich große Hüttenwerke: Burbach (6500 Arbeiter), Halberg (4450), Reunkirchen (6700), Böllingen (7100), Dillingen (7400); ferner beschäftigen die weiterverarbeitende Eisenindustrie Tausende von Arbeitern, ohne von denen zu sprechen, die in der Glas- und der keramischen Industrie beschäftigt sind. Die Arbeiter der verschiedenen Industrien wohnen alle in denselben Zentren, die dicht beieinander liegen. Es ist zu besorgen, daß im Falle eines Generalstreiks oder auch nur eines Teilstreiks in einem Werk, dessen Arbeiter an das Solidaritätsgefühl appellierten, wir mit der gesamten Arbeiterbevölkerung der betreffenden Gegend zu rechnen haben.

Neben der Pflicht, die Sicherheit der industriellen Anlagen und der öffentlichen Ordnung im allgemeinen zu gewährleisten, liegt der Regierungskommission auch die Aufgabe ob, über den gut geregelten Verkehr der Eisenbahnen zu wachen.

Das saarländische Eisenbahnnetz hat eine Länge von etwa 400 km. Die tägliche Durchschnittsziffer in der Personenbeförderung beträgt 100 000 Reisende pro Tag. Das Personal besteht aus 4750 Beamten und 12 000 Arbeitern, zusammen also 17 000 Mann.

Im Falle eines Generalstreiks,

und dieser Fall trat im August 1920 ein, liegt es der Regierungskommission ob, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um das Wirtschaftsleben, die Lebensmittelversorgung des Saargebiets sicherzustellen, und eine Störung des internationalen Verkehrs zu verhindern. Das kann der Regierungskommission nur gelingen durch Besetzung der Eisenbahnlinien und der Nebenanlagen durch eine genügende militärische Macht, um die Akte der Sabotage und Zerstörungen zu verhindern.

Wir dürfen nicht vergessen, daß im Oktober 1919, vier Monate vor der Amtsübernahme durch die Regierungskommission, als damals das Saargebiet unter Belagerungszustand stand und nur eine kriegsstarke Division der französischen Armee im Saargebiet lag, Zehntausende von Aufrührern in einigen Stunden in Saarbrücken und anderen Hauptorten zusammenströmten, zahlreiche Warenhäuser plünderten und die schwersten Unruhen hervorriefen.

Diese einfache Darlegung bestimmt unsere Haltung. Es geht nicht an, daß unter der Verwaltung des Völkerbundes derartige Ereignisse sich wiederholen können, und es ist unsere Pflicht, die wir seine Treuhänder sind, sofort und am Platze zu unserer Verfügung die nötigen Kräfte zu haben, die die Wiederkehr derartiger Ereignisse verhindern können.

Wir haben durch die betreffenden Ressorts einen Plan ausarbeiten lassen zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Falle von Unruhen oder eines Generalstreiks. Aus diesem Studium, das mit der größten Sorgfalt vorgenommen wurde, geht hervor, daß, um allen Eventualitäten gewachsen zu sein, wir über eine Polizeimannschaft von

mindestens 4000 Mann, darunter 500 Berittenen, ständig verfügen müßten.

Bei Aufstellung einer so zahlreichen lokalen Gendarmerie wäre es nicht zu umgehen, daß die Bedingungen der Rekrutierung und der Organisation der verschiedenen im Saargebiet vorhandenen Polizeikräfte vereinheitlicht würde, d. h. also, daß die lokale Gendarmerie unterdrückt und durch saarländische Gendarmen ersetzt würde, die auf die verschiedenen Orte entsprechend ihrer Bedeutung und ihrer Bedürfnisse verteilt würden. Diese Reform würde eine Revision der kommunalen Gesetzgebung und die Einführung der staatlichen Polizei, die kürzlich in Deutschland gebildet wurde, auch im Saargebiet notwendig machen.

Praktisch erscheint es uns ganz unmöglich, in einem Gebiet, wo die männliche Bevölkerung, fast drei Viertel Arbeiter, durch ihre Sitten, ihre Gewohnheiten und die durch die von der Industrie gezahlten hohen Löhne von der Industrie angezogen wird, einen genügend starken Ersatz an jungen Leuten mit den nötigen Eigenschaften zu finden; ebenso wenig könnten wir auf Söldlinge, die aus anderen Ländern kommen, zurückgreifen.

Angenommen, wir könnten die nötige Anzahl Mannschaften und Offiziere finden, würden es uns die Budgeteinnahmen nicht gestatten, sie zu bezahlen. Die im Budget für 1922 eingestellten Ausgaben für die Besoldung und den Unterhalt der 155 Einheiten der augenblicklich im Dienst befindlichen saarländischen Gendarmerie belaufen sich auf 1 180 150 Fr. und 734 500 M., also rund 7614 Fr. und 4730 M. pro Mann. Stellte man nun noch 3300 Mann ein, so ergäbe sich eine Ausgabe von 26 306 350 Fr. und 16 343 500 M. (während das Budget des laufenden Jahres an Einnahmen 327 Millionen M. und 68 Millionen Fr. ausweist). Und dabei müßte man diese Zahlen beinahe verdoppeln unter der Voraussetzung der Unterhaltung der Kasernen, der Ausrüstung, der Bewaffnung und der Ausrüstung der berittenen Korps, ohne zu sprechen von der Ruhegehaltstasse und den beträchtlichen Kosten, die durch die Massenbeförderung im Interesse des Dienstes (1) verursacht würden.

Wenn alle diese Schwierigkeiten gelöst wären, so muß ich doch sagen, daß unsere

aus Landesbewohnern zusammengesetzte Gendarmerie

alle Nachteile der lokalen Rekrutierung aus einem so kleinen Gebiet aufweisen würde. Es darf auch nicht vergessen werden, daß beim Beamtenstreik im August 1920 die Gendarmerie und die lokale Polizei als erste ihren Posten verlassen haben.

Endlich, wenn uns eine Zahl von 4000 Gendarmen notwendig erscheint im Falle von Unruhen, was machen wir aber mit einer solch starken Polizei in normalen Zeiten? Wäre es nicht ein Fehler, in einem Industrielande, wie es das Saargebiet ist, so viele Arme der Werkstatt und der Hütte zu rauben? Und wenn nun der Friedensvertrag jeden freiwilligen oder obligatorischen Heeresdienst im Saargebiet verbietet, würden wir nicht, wenn wir Werbungen für eine solche starke Polizeitruppe unternähmen, praktisch dieser Bestimmung entgegen einen freiwilligen Militärdienst einführen?

Die Regierungskommission ist der Ansicht, daß sie alle Vorschriften des § 30 des Saarstatuts im Friedensvertrag beachtet hat. Sein erster Absatz bestimmt, daß im Saargebiet freiwilliger noch pflichtmäßiger Militärdienst stattfinden soll, daß heißt also, daß die Saarländer von jeglichem Militärdienst befreit sind. Tatsächlich findet im Saargebiet keinerlei Militärdienst statt (1) und die Regierungskommission hat niemals daran gedacht, hier irgendwelche Befestigungen errichten zu lassen.

Der zweite Absatz bestimmt, daß eine lokale Gendarmerie hier organisiert werden soll für die Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Regierungskommission hat begonnen, sie zu organisieren. Sie hat 155 saarländische Gendarmen in ihren Diensten. Jetzt glaubt sie aber, daß die lokale Gendarmerie genügt, um in normalen Zeiten die Ordnung aufrecht zu erhalten, und dann ist sie vorbereitet, diese Gendarmerie nach den budgetären Mitteln und nach Maßgabe der Notwendigkeit auszubauen.

Der dritte Absatz vertraut ihr die Sorge dafür an, in allen Umständen die Sicherheit der Personen und Güter im Saargebiet zu gewährleisten. Der Friedensvertrag spricht sich nicht über die Bedingungen aus, unter denen die Regierungskommission diese Vorschrift erfüllen soll. Er scheint ihr in dieser Hinsicht volle Handlungsfreiheit zu lassen.

Die Regierungskommission ist im Bewußtsein ihrer Verantwortung, der Ansicht, daß sie in allen Lagen die Sicherheit der Personen und Güter gewährleisten kann

nur mit Hilfe einer ihr zur Verfügung stehenden bewaffneten Macht.

Die Regierungskommission hat bei der Uebernahme der Regierungsgewalt den Völkerbundsrat gebeten, provisorisch die Anwesenheit dieser Truppen zu dulden. Aber im Juli 1920 habe ich in seinem Namen die französische Regierung gebeten, die Zusammensetzung der Truppen zu ändern. Am 17. Juli 1920 wurde

die Division der „Besatzungstruppen“ aufgelöst und ersetzt durch „Garnisonstruppen“, deren Bestand auf 7200 Mann beschränkt wurde. Die Mannschafstärke beläuft sich jetzt auf 4500 Mann, die Gefechtsstärke auf 2736 Mann.

Das ist die Lage hinsichtlich dieser Truppen. Es sind Garnisonstruppen. Sie sind nicht der Rheinarmee unterstellt, sondern

direkt dem französischen Kriegsminister.

Sie sind durchaus auf ihre militärische Rolle beschränkt, und ihre Offiziere haben keine Kontrolle über die Bevölkerung noch über die Volkswirtschaft. Eine Verordnung der Regierungskommission hat die Saarländer der Rechtsprechung des Kriegsgerichts entzogen, das nur für Militärpersonen zuständig ist.

Die Truppen stehen lediglich zur Verfügung der Regierungskommission, um ihr zu gestatten, im Falle von Unruhen die Ordnung aufrecht zu erhalten. Ihre Führer hätten alsdann den Anforderungen der Präsidenten zu folgen. Bis jetzt habe ich ihre Hilfe noch nicht in Anspruch zu nehmen gebraucht. (Das ist richtig; er hat sie aber bei dem Beamtenstreik im August 1920 ohne Grund eingesetzt und ganze schwarze Bataillone auf die Bevölkerung losgelassen. D. Sch.) Sämtliche Unterhaltungskosten dieser Truppen gehen

zu Lasten der französischen Regierung.

Die diese beträchtlichen Ausgaben übernimmt, um die Sicherheit der Dominiatsgruben zu gewährleisten, die ihr Eigentum sind.

Im Sulzbachtal waren wegen Mangels an Kasernen einige Einheiten im Bürgerquartier untergebracht, aber die militärische Führung hat sich entschlossen, die Einwohner von dieser Last zu befreien. Da die Bergwerksdirektion direkt an der Sicherheit der Gruben interessiert ist, hat sie vorgeschlagen, diese Einheiten vorübergehend in Baracken unterzubringen, die sie augenblicklich aufführt und die sie später selbst benutzen will für die Bedürfnisse der Förderung.

In Saarbrücken und Saarlouis sind die Kasernen nur teilweise von den Truppen belegt. Eine große Anzahl militärischer Bauten sind ihrer ursprünglichen Bestimmung entzogen und von der Regierungskommission zum Besten des allgemeinen Interesses nutzbar gemacht worden.

Abschließend ist zu sagen: Weit davon entfernt, sich dem Ausbau der lokalen Gendarmerie zu widersetzen, beschäftigt sich die Regierungskommission damit, sie auszubauen nach Maßgabe der im Budget verfügbaren Mittel und der ihr vorliegend erscheinenden Notwendigkeit. Aber sie ist überzeugt, daß, wenn seit beinahe drei Jahren trotz gewisser Erregungen keine Unruhen, kein ernsthafter Konflikt hier eingetreten ist, dies nur darauf zurückzuführen ist, daß man allgemein wußte, die Regierungskommission habe

genügend Nachtmittel zur Stelle,

um jeden Versuch der Unordnung zu unterdrücken. Sie hätte es nicht für angebracht angesehen, der Ausbreitung einer gewissen Presse, die immer aggressiver wird, und der Erregung, welche die infolge der Marktentwertung eintretende wachsende Erhöhung der Lebenshaltungskosten hervorrufen könnte, eine weitere Verminderung des Truppenbestandes nahelegen.

Die Regierungskommission ist, nachdem sie reiflich überlegt hat, einstimmig der Auffassung, daß in Anbetracht der oben auseinandergelegten Gründe es für sie unbedingt nötig ist,

im Saargebiet die bewaffnete Macht aufrechtzuerhalten,

die ihr kostenlos zu Verfügung gestellt wird.

Die „Saarbrücker Ztg.“ nennt dieses den Gipfelpunkt dessen, was man an Sophisterei leisten kann, um bestehendes Recht hinwegzudisputieren. Diese an den letzten Haaren herbeigezogenen Gründe (denn wirklich, diesen sind schon sozusagen alle Haare ausgerissen), zum Beweise, daß wir hier rebellisch werden können, dann wieder die väterliche Sorge für unsere Finanzen (dabei hat die Regierungskommission für die Frankentröpfung bei den verschiedenen bekannten Gelegenheiten einen schäblich unerschöpflichen Säckel gehabt)! Nun nur noch eins: Wir registrieren, daß zum Schluß gesagt ist, „die Regierungskommission ist einstimmig der Auffassung usw. (saarländisches Mitgefühl), weiter, daß Herr Rault noch als Grund für die Notwendigkeit der französischen Truppen die „Ausbreitungen einer gewissen Presse“ anführt (im Urtext steht: „les exès“). Das sollte Herr Rault nicht tun, weniger dies, noch als das andere. Denn da wird man nun nun leider wieder sagen müssen, daß er von der deutschen Sprache nichts versteht. Und zu denjenigen, die ihm in die Ohren flüstern, haben wir allerdings verteuelt wenig Vertrauen.

Wenn Herr Rault Deutsch verstände, dann würde er erkennen, wie wir zu seiner Ehre glauben annehmen zu dürfen, daß die deutsche saarländische Presse (also die Presse, die bis zum Einzug der Franzosen hier bestanden hat) nichts anderes ist als das Sprachrohr einer verzweifeltsten Bevölkerung, die aus innerlichster Not einen moralischen und nur einen moralischen (und auch einen wirklichen moralischen!) Kampf um jene einfachen Rechte führt, die zum mindesten allen Gliedern der Kulturmenschheit verbürgt sein sollten!

Eine zweite Note der deutschen Regierung.

Die Reichsregierung hat darauf unterm 5. Dezember 1922 dem Völkerbundrat ein Schreiben zugehen lassen, in dem es u. a. heißt:

Das Schreiben der Regierungskommission geht gerade auf die nach Ansicht der deutschen Regierung entscheidenden Gesichtspunkte nicht ein, nämlich auf den Charakter des Saargebietes als eines Abstimmungsgebietes und die Selbstständigkeit des Saargebietes.

Erneut betont die deutsche Regierung, daß es mit der Idee und dem Zweck einer Volksabstimmung in keiner Weise vereinbar ist, wenn in dem Abstimmungsgebiet Truppen einer der Mächte, die im Wettbewerb um den endgültigen Besitz des Landes stehen, mit der Aufrechterhaltung der Ordnung betraut werden.

Der Grundsatz der Selbstständigkeit der Verwaltung des Saargebietes gilt für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für den Schutz von Personen und Eigentum nicht weniger wie für alle Zweige der Verwaltung, ja sogar in erhöhtem Maße, denn nach § 30 Absatz 3 der Anlage zu den Artikeln 45—50 des Vertrages von Versailles ist es Sache der Regierungskommission, für den Schutz von Personen und Eigentum zu sorgen. Solange eine so wichtige Verwaltungsaufgabe wie der Schutz von Personen und Eigentum nicht ausschließlich in den Händen der Regierungskommission ruht, fehlt ein Element in dem Verwaltungsgebäude, das nach dem Willen des Versailler Vertrages im Saargebiet errichtet werden soll. Wenn also die Regierungskommission bemerkt, daß Frankreich beträchtliche Ausgaben für den Unterhalt seiner Truppen auf sich nimmt, um die ihm gehörigen Kohlengruben zu schützen, so wird gerade hiermit

die Vertragswidrigkeit dieser Zustände gekennzeichnet.

Frankreich hat zwar das Recht, die Kohlengruben auszubenten, es ist aber nicht seine Sache, diese Gruben zu schützen.

Die Selbstständigkeit der Verwaltung des Saargebietes als einen Hauptgrundsatz des Vertrages hat die Regierungskommission wiederholt selbst hervorgehoben. Im Jahre 1920 begründete sie ihre Forderung auf Zurückziehung von zwei kleinen Kommissionen, die deutscherseits im Zusammenhang mit der Uebergabe der Kohlengruben an Frankreich in Saarbrücken eingesetzt worden waren, damit, daß die Anwesenheit von Beamten im Saargebiet, die der deutschen oder der preussischen Regierung unterstünden, mit dem Vertrag von Versailles unvereinbar sei. Mit derselben Begründung hat sie im Jahre 1921 darauf gedrungen, daß die mit der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten im Saargebiet betrauten Behörden ausschließlich ihr unterstellt würden.

Die vorstehenden Erwägungen haben nach Ansicht der deutschen Regierung so grundsätzliche Bedeutung, daß ihnen gegenüber die Ausführungen der Regierungskommission in zweiter Linie treten. Aber auch diese Ausführungen erscheinen nicht geeignet, den Antrag der Regierungskommission zu rechtfertigen.

In rechtlicher Beziehung ist die Regierungskommission der Ansicht, daß der Absatz 3 des § 30 es ihrem Ermessen überlasse, mit welchen Mitteln sie für den Schutz von Personen und Eigentum sorgen wolle, da er sich über das Mittel nicht ausspreche. Die deutsche Regierung ist entgegengelegter Auffassung. Da der Schutz von Personen und Eigentum nur einen Teil der Aufrechterhaltung der Ordnung bildet und der Absatz 2 des § 30 den allgemeinen Grundsatz aufstellt, daß die Ordnung im Saargebiet

nur durch eine örtliche Gendarmerie

aufrecht erhalten werden soll, bedurfte es in dem folgenden Absatz keiner Bestimmung mehr darüber, mit welchen Mitteln im Saargebiet Personen und Eigentum zu schützen sind. In dieser Beziehung ist ein Vergleich des § 30 mit § 21 nicht ohne Interesse. Während nach § 21 die Regierungskommission für den Schutz der Auslandsinteressen der Bewohner des Saargebietes mit den Mitteln und den Bedingungen, die ihr angemessen erscheinen, sorgen soll, fehlt es in Absatz 3 des § 30 an einem gleichartigen Zusatz. Es ist dies nur die einfache Folge des Zusammenhanges dieser Bestimmung mit dem allgemeinen Grundsatz des mittelbar vorausgehenden Absatzes 2.

Die Regierungskommission glaubt eine Bestätigung ihres Standpunktes darin finden zu können, daß sie nach § 33 zur Aus-

Jegung der vorangehenden Bestimmungen befugt ist. Gegen eine derartige Beweisführung muß die deutsche Regierung Verwahrung einlegen. Aus der Befugnis, gewisse Bestimmungen auszulegen, kann niemals das Recht hergeleitet werden, mit einer Bestimmung in einer Weise zu verfahren, die ihrem klaren Wortlaut widerspricht.

Die Regierungskommission wirft ferner die Frage auf, ob sie nicht durch Einrichtung einer genügend starken Gendarmerie entgegen dem Vertrag einen freiwilligen Militärdienst schaffen würde. Diese Bemerkung scheint schwer verständlich. Sie schließt geradezu die Behauptung in sich, daß

der Vertrag verletzt würde, indem er erfüllt wird.

Der hierin liegende Irrtum beruht auf unzulässiger Gleichstellung von zwei grundverschiedenen Dingen, des Militärdienstes und des Gendarmereidienstes.

Für die Erwägung praktischer Natur, wie sie die Regierungskommission anstellt, war nur vor der Unterzeichnung des Vertrages Raum. Nachdem der Vertrag in Kraft ist und seine Befässer, wie angenommen werden muß, in voller Kenntnis der Verhältnisse die Bestimmungen dazu aufgenommen haben, daß die Ordnung im Saargebiet nur durch eine örtliche Gendarmerie aufrechterhalten werden soll, ist es nicht angängig, eine so grundlegende Bestimmung unter Anführung praktischer Bedenken unausgeführt zu lassen.

Die Regierungskommission erklärt ferner die Anwerbung eines genügenden Gendarmereipersonals aus der ortsansässigen Bevölkerung für praktisch unmöglich und setzt Zweifel in die Verlässlichkeit einer aus Landesbewohnern zusammengelesenen Gendarmerie. Wenn dies zutreffend wäre, so könnte kein Staat von der Größe des Saargebietes eine verlässliche einheimische Gendarmerie besitzen. Uebrigens ist selbst die Internationalisierte Rheinlandkommission offenbar anderer Auffassung, da sie von der deutschen Regierung in zunehmendem Maße verlangt, in den besetzten rheinischen Gebieten das Gendarmereipersonal aus der ortsansässigen Bevölkerung zu entnehmen.

Weber die rechtlich noch die praktischen Ausführungen des Schreibens der Regierungskommission können die Tatsache befestigen, daß die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet im Widerspruch steht sowohl mit einer ausdrücklichen klaren Bestimmung des Versailler Vertrages, wie auch insbesondere mit den Grundgedanken, auf denen die Gesamtheit der Bestimmungen über das Saargebiet beruht. Die Regierungskommission erklärt, sie werde die Ausgestaltung der örtlichen Gendarmerie entsprechend ihren budgetären Mitteln und je nach Bedarf fortsetzen. Ähnliche Erklärungen hat sie bereits vor längerer Zeit abgegeben. Die Einrichtung der örtlichen Gendarmerie ist im Juni 1920 begonnen worden. Ihre Zahl beträgt jetzt nach den Angaben der Regierungskommission 155 Mann. Wenn etwa ihre Entwicklung mit demselben Zeitaufwand wie bisher weitergeführt werden sollte, könnte sie

erst in rund 60 Jahren vollendet

sein, so daß der glatte und unbeeinflusste Verlauf der Volksabstimmung im Jahre 1935 wesentlich von dem Wohlverhalten der französischen Truppen abhängen würde. Damit aber würde die im Vertrag von Versailles niedergelegte Regelung für das Saargebiet ein völlig anderes Gepräge erhalten und würden die Richtlinien verletzt werden, die der Rat des Völkerbundes am 13. Februar 1920 und am 20. Juni 1921 der Regierungskommission gegeben hat. Richtlinien, denen zufolge die Unterhaltung einer fremden Garnison im Saargebiet keine dauernde Einrichtung der Verwaltung dieses Gebietes bilden, sondern im Gegenteil fortfallen soll, sobald die Entwicklung der örtlichen Gendarmerie es ermöglicht.

Aus diesen Gründen muß die deutsche Regierung erklären, daß ihr, nachdem der Vertrag von Versailles schon fast drei Jahre in Kraft ist, die Erziehung der französischen Truppen im Saargebiet durch die vertraglich allein zulässige Gendarmerie als eine der dringlichsten Aufgaben erscheint, die die Durchführung des Vertrages im Saarbeden erfordert. Sie wiederholt daher gegenüber dem Völkerbund ihre Bitte, Maßnahmen zur beschleunigten Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet treffen zu wollen.

Die politischen Parteien des Saargebietes

haben dem Völkerbundsrat eine Denkschrift eingereicht, in der es heißt:

Die Regierungskommission des Saargebietes hat in ihrem Bericht vom 22. September vorigen Jahres an den Völkerbunds-

rat Stellung genommen gegen eine Note der deutschen Regierung vom 18. August 1922, in der diese gegen die Anwesenheit der französischen Truppen im Saargebiet Einspruch erhebt.

Die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet steht im Widerspruch mit § 30 der Anlage zu Abschnitt IV des Vertrages von Versailles. Dieser Paragraph lautet in Absatz I:

„Im Saarbedengebiet besteht weder allgemeine Wehrpflicht noch freiwilliger Heeresdienst; die Anlage von Befestigungen ist verboten“,

und in Absatz II:

„Es wird nur eine örtliche Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingerichtet“.

Weiterhin sagt nun der gleiche Paragraph in seinem Absatz III:

„Dem Regierungsausschuss liegt es ob, in allen ein-
tretenden Fällen für den Schutz der Person und des Eigentums im Saarbedengebiet zu sorgen.“

Fassung und Anordnung dieser Bestimmung des § 30 ergeben mit zweifelsfreier Deutlichkeit, daß die Regierungskommission ihre allgemeine Verpflichtung,

Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten

und den Schutz der französischen Gruben zu sichern, nur mit solchen Mitteln erfüllen darf, die nicht mit den Sonderbestimmungen der Absätze I und II in Widerspruch stehen. Besonders die französischen und englischen Texte des Vertrages von Versailles, in denen die Worte „seule une gendarmerie locale“ und „only a local gendarmery“ durch Voranstellung hervorgehoben sind, schließen die Möglichkeit, irgendwelche Militär im Saargebiet aufrechtzuerhalten, vollständig aus. Alle diese Bestimmungen sind so klar und eindeutig, daß eine Berufung der Regierungskommission auf § 33 der erwähnten Anlage sich von selbst verbietet.

Der Rat des Völkerbundes selbst hat diese Bestimmungen als zwingend anerkannt, denn er hat in einer am 20. Juni 1921 gefaßten Entschliessung ausdrücklich der Regierungskommission die Verpflichtung auferlegt, die Anwesenheit der französischen Truppen nicht zu einer Dauereinrichtung werden zu lassen, sondern sobald als möglich die örtliche Gendarmerie auszubauen. Wie konsequent dabei die Absicht des Völkerbundesrates auf völlige Entfernung des französischen Militärs aus dem Saargebiet hinausging, ergibt sich weiterhin aus einer in der gleichen Sitzung gegebenen Anweisung, gleichzeitig

auf die französische Gendarmerie zu verzichten.

Die Regierungskommission hat die örtliche Gendarmerie nicht ausgebaut. Nach ihrem Bericht vom 22. September 1922 hat sie in einer Zeit von 2½ Jahren nur 155 saarländische Gendarmen eingestellt. Sie hat also der Forderung des Völkerbundesrates nicht entsprochen.

Diese Nichterfüllung sucht sie mit folgender Begründung zu rechtfertigen: Bei den eigenartigen Verhältnissen des Industriegebietes und bei dem Geiste der Bevölkerung seien zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zum Schutze der französischen Gruben mindestens 4000 Mann notwendig. Diese 4000 Mann könnten im Saargebiet nicht aufgebracht und nach Lage des Budgets auch nicht bezahlt werden. Aber wenn sie auch aufgebracht und bezahlt werden könnten, so würden diese Leute, da sie aus dem Gebiete selbst stammen, nicht zuverlässig sein.

Immer wieder beruft sich die Regierungskommission auf die Gefahr allgemeiner Streiks mit Unruhen und Plünderungen.

Demgegenüber sei an die Tatsache erinnert, daß seit dem allgemeinen Bergarbeiterstreik des Jahres 1891 weder bei den Gruben noch bei den Eisenhütten oder in der übrigen Industrie bis zu dem Jahre 1918, also in einem Zeitraum von 27 Jahren, ein wesentlicher Streik zum Ausbruch kam. Niemals aber sind Unruhen und Plünderungen hier vorgekommen, ehe das französische Militär hier einzog. Dies ist dem Kenner der Bevölkerung nicht verwunderlich. Deren Charakter zeichnet sich aus durch eine besondere Liebe zur Heimat und durch eine wohl in keinem anderen Industriegebiet gekannte Seßhaftigkeit. Selbst noch ein großer Teil der im Saargebiet wohnenden Berg- und Hüttenleute eigene Häuser und eigenen Grund und Boden. Eine derartige

Bevölkerung neigt nicht zum Aufruhr.

Sie fühlt sich hingegen durch die willkürlich von der Regierungskommission erhobenen Vorwürfe aufrührerischer Neigung auf das tiefste beleidigt.

Keine noch so friedfertige Bevölkerung kann es geduldi hinnehmen, wenn ihre Rechte auf das grösstmögliche verletzt werden oder gar ihre Nationalität angetastet wird.

Die Regierungskommission weist auf die Streiks und Unruhen der Jahre 1919 und 1920 hin. Die Unruhen im Oktober 1919

waren ein begreiflicher Protest gegen die von der französischen Militärherrschaft nicht belämpfte Ausbeutung der Bevölkerung durch hauptsächlich fremde Wucherer. Erst im Verlaufe dieser Ausbeutung eines Teiles der Bevölkerung kam es zu Mäandern durchaus mäßigen Umfangs, die von der französischen Polizei leicht hätten verhindert werden können, wenn sie volle Handlungsfreiheit gehabt hätte. Der Beamtenstreik im August 1920 war

ein Protest gegen die Vergewaltigung der Rechte

der Beamten durch die Regierungskommission. Von hat sich die gesamte Bevölkerung in einem vierundzwanzigstündigen in vollkommener Ordnung verlaufenen Generalstreik angeschlossen. Diese beiden Anzeichen beweisen also nichts gegen den friedlichen Charakter der Saarbevölkerung; sie sind auch kein Beweis dafür, daß zur Aufrechterhaltung der Ruhe und zum Schutze der französischen Gruben eine Gendarmerie in der Stärke von 4000 Mann, wie die Regierungskommission vorzählt, erforderlich ist.

Wie kommt die Regierungskommission zu dieser Zahl 4000? Angeblich stellt diese Zahl das Ergebnis von Untersuchungen dar, deren Grundlagen die Regierungskommission verschweigt.

Jedenfalls sind die topographischen und industriellen Verhältnisse des Saargebietes, worauf die Regierungskommission sich beruft, keine derartige Grundlage. Eine wesentliche Grundlage für die Höhe des erforderlichen Polizeischutzes zur Sicherung der Regierungsgewalt gegen Aufstand ist in allen Ländern das Verhältnis zwischen Regierung und Regierten. Wenn die Regierungskommission nun eine Sicherheitsgruppe von 4000 Mann verlangt, so liefert sie selbst damit den Beweis, daß ihre Politik nicht vom Vertrauen der Bevölkerung getragen wird.

Dies ist nun auch der innere Grund für die augenfälligen Widersprüche, in die sich die Regierungskommission verstrickt. Wenn sie in ihrem Bericht erklärt, daß bei normalen Verhältnissen auch jetzt schon 155 Mann lokaler Gendarmerie ausreichen, wie erklärt sie die Notwendigkeit einer daneben noch bestehenden sehr starken staatlichen Polizei? Wie erklärt sie das Vorhandensein der durch die Verordnung vom 7. Juni 1920 geregelten, in ihrem Bericht aber verschwiegenen zahlreichen französischen Gendarmerie? Wie erklärt sie deren besondere Verwendung bei der Grenzüberwachung, Pafkontrollen, polizeilichen Vernehmungen und der politischen Überwachung der Bevölkerung. Wie erklärt sie, daß die französische Gendarmerie entgegen dem Vertrag von Versailles sogar den Schulbesuch saarländischer Kinder in den französischen Volksschulen kontrolliert? Wie erklärt sie ferner die von ihr selbst unter dem 28. Juni 1921 verordnete, in ihrem Bericht aber gleichfalls verschwiegene Zuständigkeit der französischen Militärgerichte zur Aburteilung von Zivilpersonen in gewissen Fällen? Wie erklärt sie dann überhaupt noch die Anwesenheit einer so starken, neben Infanterie und Kavallerie

sogar Artillerie

stehenden französischen Militärtruppe? Das ersichtlichste aber ist, daß nach den Worten des Berichtes der Regierungskommission in einem vom Völkerbund verwalteten Gebiete eine Truppenmacht gehalten wird, die nicht dem Völkerbund, sondern dem französischen Kriegsminister unterstellt ist?

Die Regierungskommission behauptet, daß eine genügende Anzahl von saarländischen Landjägern in dem Gebiet nicht aufbringen sei. Wir sind gegenteilig überzeugung. Es steht fest, daß die Bewerbungen um diese Stellen sehr zahlreich sind.

Den Ausbau einer ausreichenden Gendarmerie bezeichnet die Regierungskommission auch aus finanziellen Gründen als unmöglich und errechnet hierbei Durchschnittskosten, die in keinem Verhältnis zu den Kosten stehen, die sonst eine normale Polizeiverwaltung verursacht. Wir sind der begründeten Überzeugung, daß das Saargebiet selbst für eine angemessene Polizeitruppe die Kosten aufbringen kann und will, und erst recht dann, wenn die Regierungskommission durch Aufgeben einer dem Willen und den Interessen der Bevölkerung entgegengesetzten Politik es nicht mehr nötig haben wird, durch besonders hohe, über den sonstigen Durchschnitt hinausgehende Gehälter Beamte aus dem Gebiet zu gewinnen.

Der Bericht der Regierungskommission gibt uns schließlich erneuten Anlaß, auf den Zusammenhang der Militärfrage mit der immer dringender eine Lösung bedingenden Wohnungsfrage hinzuweisen. Be-

weist ja der Bericht selbst, daß noch viele Privatwohnungen für die Zwecke des französischen Militärs beansprucht werden. Die Regierungskommission hätte hinzufügen können, daß

auch noch Schulen beschlagnahmt

sind, wie z. B. in Neunkirchen, wo ein großes Schulhaus seinem eigentlichen Zweck entzogen ist, während Schulkinder der Saarbevölkerung in größerer Zahl in unzureichenden Schulgebäuden zusammengepfercht werden.

Ist es bei dieser Gesamtlage verwunderlich, wenn die Bevölkerung zu der Überzeugung kommt, daß bei einem Konflikt der Interessen des Militärs und der Saarbevölkerung erstere bei der Regierungskommission den Vorzug genießen?

Die Bevölkerung erblickt mit Recht in dem unbegründeten Festhalten der Regierungskommission an dem französischen Militär den deutlichsten Beweis ihrer Französisierungspolitik. Die Bevölkerung ist sehr davon überzeugt, daß der wahre Grund der Anwesenheit der französischen Truppen zu suchen ist in der Unterdrückung der eifrig hier betriebenen französischen Propaganda und in dem allerdings von vornherein zur Ausichtslosigkeit verurteilten Versuche, durch Einschüchterung unsere deutsche Bevölkerung

reif für den Anschluß an Frankreich zu machen.

So wird es auch verständlich, daß Frankreich die großen Unterhaltungskosten der Truppen trägt. Die Saarbevölkerung lehnt ein derartiges Danaergeschenk ab.

Die Saarbevölkerung spricht daher durch ihre gewählten Vertreter die Bitte aus, daß der Völkerbundsrat die Abberufung des französischen Militärs aus unserem Völkerbundsgebiet veranlassen möge.

Die Denkschrift ist unterzeichnet von der Zentrumsparlei, der Sozialdemokratischen Partei, der Liberalen Volkspartei und der Deutsch-Demokratischen Partei.

Die Totenglocke von Bredeneu.

Von Max Stempel.*

Als längst die Franzosen die Ruhr entlang
Nach Essen machten den Waffengang,
Mit Panzerauto, Maschinengewehr
Und einem großen Soldatenheer,
Zu knechten ein Volk, das wehrlos war,
Und schweigend aufs Korn nahm die reißige Schar:
Da klang von Bredeneu, dünn und hell,
Die Totenglocke zum letzten Appell.
Gott weiß, wem der hallende Glöckenton galt!
Er stimmte so traurig, die Luft blies kalt;
Er schnitt ins Herz wie ein klagendes Lied,
Wie ein schmerzlicher Schrei, daß ein Würdiger schied.
Erst senkte die Stirn mancher rüstige Mann,
Und keiner, der's hörte, nahm Anstoß daran.

Nur einem erregte das Glöckchen Lied Qual,
Das war ein französischer Feldgeneral,
Der prahlerisch sed, die Peitsche zur Hand,
Gestiefelt, gepornt auf der Landstraße stand.
Was sollte jüst heute das klägliche Läuten,
So fragte er heimlich voll Ingrimm, bedeuten?
Betrübte man so die stolze Armee,
Zur Strafe gesandt von Herrn Volncaró,
Bereit, wenn sie weiter Verträge brechen,
Die Deutschen zu hauen, zu schließen, zu stechen?
Wer fährt denn, rückt der Franzose ein,
Läutend mit solchem Unfug drein?
Sollte etwa gar dieser Dorfglöckchen Klingeln
Dem kühnen Erobrer das Sterbelied singen?
Hole der Henker das hunnische Pödel!
Es hat keinen Schliff, nicht Schid noch Geschmack,
Kein Savoir vivre, keine Manier!
Und er winkte heran einen Offizier.

Der Offizier ist zum Küster gegangen,
Der Küster hat seinen Befehl empfangen;
Und ob er auch frech in den Bart etwas brummt,
Der Reiz muß gehorchen! Die Glöckchen verstummt.
Ach, möchte sie bald, dem Frieden zum Segen,
Die fremden Banditen zum Land hinausjagen!
Sturmesgewaltig, mit donnernden Klängen,
Als ob die Teufel ihr Totenlied singen!

* Der „Berliner Lokalanzeiger“ bringt das folgende, sehr gelungene und stimmungsvolle Gedicht von Max Stempel.

Hector!

Von Werner Pardoll.

Fast zweieinhalb Jahre hat ein Mann als Vertreter des Völkerbundes sich vermessen, die Geschicke eines Landes, einer Bevölkerung mitzubestimmen, ein Vertreter des Völkerbundes, der heute als Verräter vor aller Welt gekennzeichnet ist: Hector! Wieviel Tränen, wieviel Not, wieviel vernichtete Existenzen hat dieser Mann verschuldet, wieviel Ausweisungen hat er auf dem Gewissen. Er ging rücksichtslos, brutal, gewissenlos seinen Weg des Verrats, Volks- und Hochverrats, nur das eine Ziel vor Augen: unter den schühenden Fittichen landfremder Gewalttäter ein Leben des Genusses, irdischen Glanzes zu führen, sich mit Judasfranken zu bereichern, seine materiellen Gelüste zu befriedigen. Ihn reizte der „Minister“-Titel und ein Schlemmer- und Lustleben, wie es ihm westliche Beispiele vorlebten. Ihn reizte die Macht, über Menschen-schicksale zu entscheiden, in die Naturgesetze einer Volkswirtschaft, eines Volkslebens und -empfindens, in die nationale Entwicklung eines Landes rücksichtslos einzugreifen. In seiner Brust lebten die Knechtsseele und der Tyrannenteufel. Er nahm denot die Fußtritte eines Kauts, eines Richters entgegen, hoffend wie keine Gefinnungs- und Charaktergenossen Smeets und Dorten, einst einen Präsidentenstuhl aus den Händen Frankreichs entgegennehmen zu können. Denn darauf ging die ganze Tätigkeit Hectors hinaus: das Saargebiet den Franzosen in die Hände zu spielen, sein deutsches Vaterland, seine deutschen Volksgenossen zu schädigen, zu verkaufen und dann in diesem französischen Annexionsgebiet eine Rolle zu spielen. Er verfolgt also die gleichen Ziele wie Smeets, Dorten und Genossen.

Hector ist von Beruf Arzt; er war in diesem Beruf keine Größe, er war bis zum Einzug der Franzosen eine kaum bekannte Persönlichkeit, die weder politisch, noch beruflich, noch auch menschlich irgendwie hervorgetreten war. Man sagte ihm höchstens nach, daß er ein Trinker sei und daß seine moralischen Qualitäten nicht hoch stehen. Heute wissen wir, daß Hector schon in jenen Zeiten einen schmutzigen Charakter hatte. Deutlicher wurde diese Tatsache, als ihn der französische „Oberste Militärverwalter des Saargebiets“, General Andauer, auf Vorschlag des eigentlichen Direktors, Major Richter, zum kommissarischen Bürgermeister von Saarlouis als Nachfolger des ausgewiesenen Bürgermeisters Dr. Gilles — ein Opfer Hectors — bestellte. Aus dieser Tatsache und der weiteren durch den Hector-Franke-Prozess (Herr Franke möge uns diese Zusammenstellung mit einem Betrüger und Verräter, „Minister“ verzeihen) erhärteten Tatsache des Hoch- und Landesverrats Hectors ergibt sich ohne weiteres, daß Hector schon seit langem mit der französischen Besatzung konspizierte, man muß sogar annehmen, daß Hector schon während des Krieges mit dem Feinde in Verbindung stand, also Spionage trieb, Spionage trieb wie der verkörperte französische Günstling David und dessen selber noch heute als Lehrerin tätige Schwester Alice David in Saarlouis. Wie sollte man sich sonst die Auffassung der Franzosen erklären können, die Bevölkerung von Saarlouis sei zum überwiegenden Teil französisch gesinnt und erwartete die französischen Truppen als Befreier? Sie sind zwar schnell eines Besseren belehrt worden, als sie keine Möglichkeiten fanden, ihre schon vor ihrem Einmarsch nach Saarlouis gesandten französischen Fahnen in Saarlouis aufzustellen, als ihnen der sehr feile Empfang der Saarlouiser Bevölkerung bekundete, daß man sie nicht als Befreier, sondern als Unterdrücker, als Eindringlinge betrachtete.

Aus all diesen Tatsachen muß man schließen, daß Hector, David und Genossen schon während des Krieges Spionagegeheimnisse bezogen, wofür sie den Franzosen unwahre Berichte lieferten. In dieser Annahme wird man bestärkt durch die Umschließung eines Saarlouiser Stadtverordnetenbeschlusses durch Hector, die den Antrag zu dem jetzt sensationell gewordenen Hector-Prozess gab.

Noch wir gehen weiter. Durch diesen Prozess ist klar erwiesen und Hector hat es durch Zurückziehung seiner Klage ausdrücklich bestätigt, daß er bestrebt gewesen ist, durch Fälschungen von Eingaben und Denkschriften Frankreich Unterlagen zu verschaffen, die ihm einen Scheinanspruch auf das Saargebiet geben konnten. Und deshalb behaupten wir, daß Hector, David und Genossen die Urheber und Verfasser der gefälschten Saarländer-Adresse sind, die Clemenceau auf der „Friedens“-Konferenz benutzte, um die Annexion des Saargebiets zu erreichen. Die gefälschte Saarländer-Adresse und die gefälschte Saarlouiser Denkschrift liegen in ein und derselben Linie; der Urheber der letzteren ist durch die Verhandlungen vor der Saarlouiser Strafkammer

einwandfrei festgestellt: es ist Hector. Hector steht auch mit der gefälschten Saarländer-Adresse eng in Verbindung.

Bodenlose Frechheit, gestützt auf den französischen Rückenhalt, haben Hector veranlaßt, gegen den Redakteur Franke zu klagen, der behauptete, was Tatsache ist. Hector wagte es, allerdings nach französischem Beispiel, der Wahrheit ins Gesicht zu schlagen und einem Gericht, das mit deutschen Richtern besetzt ist, zuzumuten, die Wahrheit zu verbreiten, das Recht zu vergewaltigen. Dieser Anschlag ist dem Saarlouiser Verräterlumpen nicht gelungen; das Saarlouiser Gericht hat sich nach deutscher Gründlichkeit und deutschrechtlicher Unparteilichkeit bemüht, den Dingen auf den Grund zu gehen, es hat sich gegen die Hectorschen Verschleierrungsmethoden und gegen seine Verschleppungsstaktik rein sachlich gewehrt. Und daran zerschellte gallische Rechtsverbreitung, gallische Lügenpolitik. Ehe das Gericht zu einem Urteilspruch kommen konnte, streckten Hector und seine Hintermänner ihre vergifteten Waffen, bestätigte Hector, daß er nicht nur ein gemeiner Betrüger und schamloser Landesverräter, sondern auch ein gemeingefährlicher Verräter sei. Jetzt winkt er um Gnade, schiebt Krankheit, Nervosität, Herzklopfungen und Gedächtnisschwäche vor; er verzichtet kleinmütig auf seinen „Minister“-Posten. Diesem Lumpen keine Gnade, keine Nachsicht, die ganze Schwere des Gesetzes muß ihn treffen: er gehört ins Zuchthaus. Für ihn gibt es keine Entschuldigung, keine mildernden Umstände, selbst nicht die, daß er stets ein Freund Frankreichs gewesen sei. Er gehört zu jenen Lumpen, die kein Vaterland kennen, die nur egoistischer und materieller Vorteile willen ein schändliches Verräterleben führen. Ihn mag das Urteil Napoleons treffen: „Ich liebe den Verrat, aber hasse den Verräter!“

Hector ist gerichtet. Mit ihm aber auch jene, denen er diente. Es sind gerichtet die gesamte Saarregierung, der Völkerbund, es sind gerichtet vor allem Clemenceau, Lardieu, Poincaré mit seinen Agenten im Saargebiet, Richter und Genossen, es ist gerichtet und gezeichnet die ganze französische Regierung. Heute steht fest, daß die französische Regierung und ihre damaligen Unterhändler Clemenceau und Lardieu wußten, daß die „Adresse der 150 000 Saarfranzosen“ gefälscht war, daß sie wußten, wie die „Ergebnisadresse von Saarlouis“ zustande kam. Sie haben sich gehütet, diese „Dokumente“ je öffentlich bekannt zu geben, sie spielten nur bei den geheimen diplomatischen Verhandlungen eine Rolle, dort wurden sie als „Beweise des französischen Rechtsanspruchs“ herangezogen, obwohl man wußte, daß es sich um gefälschte „Dokumente“ handelte. Täglich wird es klarer, welchem verbrecherischen Betrug das Saargebiet zum Opfer gefallen ist: Frankreich hat mit diesen gefälschten „Dokumenten“ nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt betrogen. Die Bestimmungen über das Saargebiet im Versailler Schandvertrag sind in ihrem Inhalt und in ihren Rechtsfolgen ungültig, da sie bewußt auf falsche Voraussetzungen aufgebaut sind. Der Saarlouiser Prozess hat den einwandfreien Nachweis geliefert, daß die Saarbestimmungen null und nichtig sind, daß somit schon allein aus diesem Grunde eine Revision des Versailler Diktats erfolgen muß. Er hat aber zugleich einen kleinen Blick tun lassen in das politische Intrigenspiel Frankreichs, in die Betrugsmanöver, durch die Frankreich sich mit Hilfe des Versailler Diktats einen „Rechtsittel“ auf deutsches Eigentum, auf deutsche Gebiete zu verschaffen wußte.

Als unmittelbare Folge des Prozeßergebnisses ist daher zu fordern, daß der Völkerbundsrat dem Saargebiet das Mindestmaß demokratischen Prinzips gewährt, nämlich das Recht, den saarländischen Vertreter in der Saarregierung auf Grund einer allgemeinen Volksabstimmung selbst zu bestimmen. Oder will der Völkerbund sein bisher geübtes System fortsetzen, das im Endeffekt dahin hinausläuft: nur mit korrupten, moralisch defekten, charakterlosen Leuten das ihm unterstellte Land zu „regieren“? Die Personen in der Saarregierungs-kommission, die guten Willens sind, nach Recht, Gerechtigkeit und Gesetz zu verwalten, sind bisher stets in der Minderheit geblieben. Oder will z. B. Herr Kauts mit gutem Gewissen behaupten, er habe von dem Betrug Hectors nichts gewußt? Will der französische Vertreter im Völkerbundsrat behaupten, ihm seien die Verfehlungen Hectors unbekannt gewesen, als die Wiederwahl Hectors als Regierungsmitglied in Genf zur Beratung stand, will

Clemenceau der Welt einreden, er habe über dieses gefälschte Hectorische Dokument nicht sehr eingehend mit Herrn Kault und Herrn Lardieu gesprochen? Alle drei Faktoren — und leider spielen sie bei der Gestaltung der Saargebetsfrage eine ausschlaggebende Rolle — kannten den Betrug Hectors und arbeiteten mit diesem Betrug und mit dem Betrüger!

Sind dem Völkerrundsrat diese Dinge bekannt gewesen? Eine müßige Frage. Die politischen Parteien des Saarlandestats haben dem Völkerrundsrat im November v. J. in einer Denkschrift die Unterlagen dafür gegeben, haben die fraglichen Dokumente im Wortlaut unterbreitet — der Völkerrundsrat aber erachtete diese Unterlagen nicht für ausreichend, nicht für stichhaltig und erklärte diesen Schritt der gewählten Vertreter des saarländischen Volkes als „Treibereien gewisser Leute“, die von Haus zu Haus laufen, um Propaganda zu treiben.“ Er hat es nicht für nötig gefunden, einwandfreie Feststellungen in Paris oder Saarbrücken zu erheben; sehr wahrscheinlich nur deshalb, weil einwandfreie Feststellungen die Richtigkeit der Behauptungen des saarbrückischen Volkes ergeben müßten, was die Amtsenthebung Hectors hätte zur Folge haben müssen. Und weil dies nicht in dem Rahmen der französischen Saarpolitik lag, deshalb mißachtete, verleumdete der Völkerrundsrat die Saargebetsbevölkerung und bestätigte Herrn Hector auf ein weiteres Jahr.

Nun hat Hector sich selbst gerichtet; er hat durch sein Verhalten selbst den Anlaß dazu gegeben, daß man ihn, hoffentlich recht bald, wegen Meineids und Betruges auf die Anklagebank setzt. Wegen Landesverrats wird man ihn leider wohl kaum verfolgen, obwohl auch die saarländischen Justizgesetze hierzu eine Handhabe hätten. Und neben Hector gehören zahlreiche andere Personen auf die Anklagebank; von Rechts wegen der Völkerrundsrat und die französische Regierung, die Hectors gemeingefährliches Treiben veranlaßten bzw. unterstützten.

Ein Saarlump ist gefallen. Dem Redakteur Franke von der „Saarbr. Zeitg.“ und seinen hervorragenden Verteidigern Dr. Steegmann und Dr. Lehmann gebührt das Verdienst, diese Verräterfraktur zur Strafe gebracht zu haben. Sie haben ein Anrecht auf den Dank des gesamten saarbrückischen und des gesamten deutschen Volkes. Sie haben der Welt ein Bild entrollt von der Korruption und den Verbrechen, die sich im Saargebiet breit machen dürfen, weil Frankreich mit Hilfe dieser Korruption und dieser Verbrechen das Saargebiet Deutschland zu entreißen hofft. Sie haben aber auch auf der anderen Seite gezeigt, wach zäher Kampf das deutsche Saarpoll führt, um diesen französischen Zielen zu trotzen, um ihren Heimatboden deutsch zu erhalten, um dem Recht und der Selbstbestimmung zum Siege zu verhelfen und die Lüge, den Betrug, das politische Verbrechen und all die Verräter am Vaterland zu entlarven.

Allen diesen Kämpfern für deutsches Recht und deutsches Land an der Saar herzlichen deutschen Dank, deutschen Dank und Handschlag

Herrn Adolf Franke. Ein Lump, und nicht der kleinste, ist gefallen; zittert ihr anderen, auch eure Stunde wird bald kommen!

Die Exterritorialität des Völkerrund- „Ministers“ Dr. Hector.

Unter dieser Überschrift wird der „Köln. Ztg.“ von juristischer Seite geschrieben:

In dem weit über die Grenzen des Saargebets hinaus zur Sensation gewordenen Prozeß des „Ministers“ Dr. Hector hat sich die Strafkammer des Landgerichts Saarbrücken auf den Standpunkt gestellt, sie könne gegen Hector keine Zwangsgewalt üben, ihn insbesondere nicht wegen Verdachts des Meineids verhaften lassen, da er „exterritorial“ sei. Diese Ansicht ist irrig. Lassen wir alle Nebenfragen beiseite, so ist auszugehen von Artikel 7 Absatz 4 des Friedensvertrages, der lautet: „Die Vertreter der Bundesmitglieder und die Beauftragten des Bundes genießen in Ausübung ihres Amtes die Vorrechte und die Unverletzlichkeit der Diplomaten.“ Ueber die Bedeutung der Worte „in Ausübung ihres Amtes“ kann man streiten, doch tut diese Frage hier nichts zur Sache. Entscheidend ist folgendes: Mit den Worten „die Vorrechte und die Unverletzlichkeit der Diplomaten“ verweist der Friedensvertrag auf einen Komplex feststehender Normen des Völkerrechts, auf die sogenannte diplomatische Immunität (der Ausdruck „Immunität“ ist übrigens viel treffender als „Exterritorialität“, der zum mindesten mißverständlich ist). Nach dem Völkerrecht besteht nun diese Immunität darin, daß Diplomaten der Gerichtsbarkeit des Aufenthaltsstaates nicht unterliegen, selbstverständlich aber der Gerichtsbarkeit ihres Heimatstaates; andernfalls wäre für sie ja überhaupt kein Gerichtsstand gegeben und sie würden auf die Stufe gekrönter Häupter erhoben werden, wozu kein Mensch je gedacht hat. Diese Ansicht ist, soweit dem Schreiber dieser Zeilen bekannt, nirgends in Zweifel gezogen worden. Um ein ganz neues Wort zu zittern, sei verwiesen auf den Kommentar über „die Sakung des Völkerrundbundes“ von Schäding u. Wehberg (1921), wo es auf Seite 247 heißt: „Bezüglich des Umfangs der diplomatischen Privilegien bleibt es bei dem bisherigen Rechte. Daraus folgt namentlich, daß die Vertreter der Bundesmitglieder die Vorrechte nur außerhalb ihres Heimatlandes genießen.“ Dr. Hector ist Beauftragter des Völkerrundbundes, zugleich ist er aber deutscher Staatsbürger. Innerhalb Deutschlands (wozu ja auch das Saargebiet gehört) steht ihm also die diplomatische Immunität nicht zu, hier kann und muß er vor Gericht gezogen werden wie jeder andere. Genau so wenig wie das französische Mitglied der Regierungskommission in Frankreich oder das dänische in Dänemark „exterritorial“ ist, genau so wenig ist es Dr. Hector in Deutschland. Die Regierungskommission hat diese Ansicht auch selbst indirekt bestätigt; am 1. April 1921 hat sie für ihre Mitglieder mit Berufung auf ihre „Exterritorialität“ Steuerfreiheit in Anspruch genommen; alle Mitglieder der Regierungskommission sind in der diesbezüglichen Verfügung namentlich aufgeführt, nur einer fehlt — Dr. Hector!

Der Kampf der Saarbevölkerung um ihre Rechte.

Zwei Eingaben an den Völkerrund.

Der Versailler Vertrag hat der Saarbevölkerung nur wenige Rechte gelassen. Die Ausübung dieser wenigen Rechte aber wird der um ihr Deutschthum ringenden Saargebetsbevölkerung von der im Auftrage des Völkerrundbundes amtierenden, in Wirklichkeit jedoch nur Frankreichs Interessen dienenden Regierungskommissionen in geradezu unerhörter Weise täglich beschnitten. Trotz aller Maulkorbparagrafen läßt sich jedoch die Saarbevölkerung in ihrem berechtigten Kampf nicht beirren, sondern tritt nach wie vor einstimmig und entschlossen den Franzöisierungsbestrebungen der Regierungskommission entgegen.

Die Ereignisse der letzten Wochen gaben der politischen Vertretung der Saarbevölkerung Anlaß, trotz aller bisher bei ähnlichen Vorgängen gemachten Erfahrungen sich erneut an den Völkerrund zu wenden, um ihm als dem im Versailler Diktat vorgesehenen „Hüter“ ihres Geschlades die berechtigten Klagen des ganzen Saarpolles vorzutragen.

Die erste Denkschrift der politischen Parteien des Saargebets und der Fraktionen des Landesrates gilt der Frage des saarländischen Mitgliedes in der Regierungskommission, die durch den Ausgang des Hectorprozesses von neuem akut geworden ist. Die Saarbevölkerung verlangt, daß sie bei der Ernennung des Nach-

folgers dieses „Meineidministers“ gehört wird. Parteifreiheit und Eignung des saarländischen Regierungsmitgliedes, so heißt es in der Denkschrift, wird nur durch eine Mitwirkung der Bevölkerung bei seiner Ernennung gewährleistet. Für diese Mitwirkung sei die Form der allgemeinen Volksbefragung am geeignetsten. Wenn dieser Weg wegen der Kürze der Zeit ungangbar sei, wird der Völkerrundsrat gebeten, den Nachfolger Hectors auf Vorschlag des Landesrates zu ernennen. Die Denkschrift nimmt Bezug auf die früheren Eingaben der politischen Parteien, die sich mit der Person und dem landesverräterischen Treiben Hectors befaßten, und verweist auf den bekannten Beleidigungsprozeß Hectors gegen den Redakteur Franke, der den vollen Beweis für die Berechtigung der zahlreichen gegen Hector vorgebrachten Behauptungen und Warnungen erbracht habe. Wörtlich heißt es: „In den Augen der deutschen Bevölkerung wird Dr. Hector stets als Verräter und Landesverräter gebrandmarkt sein. ... Wenn trotzdem im Gegenzug zu der gesamten Bevölkerung des Saargebets Dr. Hector in seinem Amt belassen wurde, so geschah es nach der Ueberzeugung der Bevölkerung deshalb, weil Frankreich ein Interesse daran hatte, auch in dem saarländischen Mitglied der Regierungskommission einen ihm gefügigen Mann zu besitzen.“ Zum Schluß wird ausgedrückt, daß es mit dem Völkerrundgedanken und wahrer

Demokratie unvereinbar sei, wenn das saarländische Mitglied ohne Anhörung der Bevölkerung nur auf Vorschlag der Regierungskommission, die über die Bevölkerung hinweg mehr dem französischen als den saarländischen Interesse dienlich sei und unter maßgebendem Einfluß Frankreichs ernannt werde.

Gegen die Französisierungsbestrebungen und die einseitige Berichterstattung der Saarregierung an den Völkerbund richtet sich eine weitere Denkschrift, die von den politischen Parteien des Saargebiets mit Ausnahme der völlig bedeutungslosen Kommunisten an den Völkerbundsrat gerichtet wird. In dieser Eingabe wird der Völkerbundsrat gebeten, eine Einrichtung zu schaffen, die den gewählten Vertretern der Saarbevölkerung die Möglichkeit gibt, neben der Regierungskommission offiziell vom Völkerbundsrat in mündlichen Verhandlungen gehört zu werden. Das Ersuchen wird damit begründet, daß die Entwicklung der politischen Verhältnisse des Saargebiets die Bevölkerung in die Zwangslage versetzt hat, dauernd gegen das von der Regierungskommission angewandte System der Französisierung und politischen Entrechtung und gegen die sich hieraus ergebenden Maßnahmen Beschwerde beim Völkerbund einzulegen. Voraussetzung für die dem Völkerbundsrat zu unterstellenden Entscheidungen in Angelegenheiten des Saargebiets sei eine objektiv richtige Erkenntnis

der Saargebietsverhältnisse. Diese Objektivität habe die bisherige Berichterstattung der Regierungskommission an den Völkerbundsrat nicht gewährleistet und könne nach der Überzeugung der Bevölkerung auch in Zukunft von der einseitig französisch eingestellten Regierung nicht erwartet werden. Die Bevölkerung sehe sich dem absolutistischen und französisierenden Vorgehen der Regierungskommission schußlos preisgegeben, wenn sie nicht die Möglichkeit habe, ihre Sache beim Völkerbundsrat unmittelbar zu vertreten.

„Das Saargebiet“ so heißt es weiter, „ist das einzige der Verwaltung des Völkerbundes direkt unterstellte Gebiet. Sollen denn gerade in diesem Gebiet die hohen Prinzipien des Völkerbundes, die keine Gründung überhaupt veranlassen haben und die kein Wert der Begründung des Friedens und methodischer Organisation leiten sollen, mißachtet werden? Das ist aber der Fall, wenn der unwürdige Zustand weiterbestehen soll, daß eine Bevölkerung von 700 000 Seelen sich nicht unmittelbar Gehör verschaffen kann bei derjenigen Stelle, die letzten Endes über ihre Geschicke entscheidet.“

Man darf gespannt sein, ob dieser Appell an das innerste Wesen der durch die traurige Wirklichkeit verzerrten Völkerbundsidee von Erfolg begleitet sein wird.

Richert!

Die Affäre der Münchener „Landesverräter“ Fuchs-Machhaus, hat recht eigenartige Zusammenhänge zutage gefördert. Diese Verräterclique stand, wie jetzt bekannt wird, mit den durch seine verhängnisvolle Tätigkeit im Saargebiet bekannten, neuerdings ins Ruhrgebiet geschickten französischen Major Richert in enger Verbindung. Unter dem Deckmantel, eine „nationale Erhebung“ in Bayern vorzubereiten, ließen Fuchs und Machhaus sich von den gerissenen französischen Agenten mißbrauchen und stellten sich in den Dienst der von Frankreich mit allen Mitteln betriebenen Zerkügelungspolitik Deutschlands. Ja, nach der Darstellung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ hielten diese „Ueberpatrioten“ es nicht nur unter ihrer Würde, der an Rhein und Ruhr heldenmütig Deutschlands Ehre mit Leib und Leben verteidigenden Bevölkerung schmachvoll in den Rücken zu fallen.

Als die Franzosen bei ihrem verbrecherischen Ueberfall ins Ruhrgebiet auf den hartnäckigen Widerstand der gesamten Bevölkerung stießen, brauchten sie eine „Aktion“, um den Widerstand an der Ruhr zu brechen. Die bisherigen Verhandlungen mit den zwei Hochverrättern gaben Herrn Richert die Gewißheit, daß er auf die Unterstützung dieser beiden Lumpen bei seiner Schurkenarbeit rechnen dürfe. Er drängte auf eine sofortige Aktion und versprach sich davon den Sturz der Regierung Cuno, die Errichtung einer Räterregierung in Deutschland und damit den Erfolg des französischen Raubzuges ins Ruhrgebiet. Die beiden Pseudopatrioten Fuchs und Machhaus erklärten sich (nach den „M. N.“) mit den Schurkenplänen Richerts einverstanden, jedenfalls nicht ohne für ihre Verräterdienste reichen „Frankenlegen“ geerntet zu haben, der ja Richert aus Paris in unbeschränktem Maße zur Verfügung gestellt wird.

Wir wollen dahingestellt sein lassen, wie weit die Fäden dieses französischen Spions über Bayern gespannt waren. Es ist auch gleichgültig, wie tief Richert seine Werkzeuge in seine Pläne eingeweiht hat. Fest steht jedenfalls die Tatsache, daß er mit den Fuchs und Machhaus Beziehungen unterhielt und persönlich mit ihnen verhandelte. Und das ist das Traurigste an dem traurigen Kapitel, dieses unter dem Vorwande einer „vaterländischen“ Tat geplanten Putsches!

Wer ist Richert? Seit Jahr und Tag konnte sich jeder Deutsche, dem das Schicksal des besetzten Gebietes und insbesondere des Saargebietes am Herzen liegt (und das mußte es jedem, der sich noch deutsch nennt) über das Treiben dieses berüchtigten

Dunkelmannes informieren. Die Presse des Saargebietes und zahlreiche Blätter in ganz Deutschland haben so und so oft diesen Schurkennamen genannt, dem zahlreiche deutsche Brüder im Saargebiet den Verlust ihrer Existenz verdanken, der zahllose deutsche Familien durch die Judasarbeit seiner bezahlten Spindel in Not und Elend gebracht hat.

Schon unter der Militärherrschaft hat „Major“ Richert die Saarbevölkerung terrorisiert. Er war es, auf dessen Veranlassung hin die ersten Ausweisungen erfolgten. Richert war es, der Duzende von Saarländern vor das Kriegsgericht brachte und in französische Gefängnisse und Zwangsarbeitslager beförderte. Richerts Spindel belauschten die Reisenden auf den Bahnhöfen und in den Zügen, seine Judas Kreaturen schnüffeln dem harmlosen Bergmann, auf dem Grubenwege und in tiefem Schacht bei der Arbeit nach!

Das ist auch unter der „segensreichen“ Herrschaft der Völkerbundregierung nicht anders geworden. In ihrem Rücken, aber mit ihrem Wissen unterhält Richert ein ganzes Heer von Spindeln und Denunzianten, die gegen jede der Saarregierung mißliebige Person „Material“ sammeln und im Herbeischaffen desselben nicht allzu ängstlich und gewissenhaft verfahren. Richert herrscht in der Obersten Polizeiverwaltung des Saargebietes, die ihm ihren ganzen dienstlichen Apparat zur Verfügung stellt, einschließlich des berüchtigten Oberspindels und ehemaligen Fremdenlegations Martin alias Heisler, dem das Teufische seines Handwerks auf der Stirn geschrieben steht.

Richert ist zwar nicht „Beamter“ der Saarregierung — beliebt nicht —, die „hohe Regierungskommission“ kennt diesen Mann nicht, der in ihrer Polizeiabteilung ein- und ausgeht — aber in der Entrechtungs-, Verweltschungs- und Gewaltpolitik der „Völkerbundregierung“ geschieht nicht ein Schritt ohne Wissen und Willen dieses „Vertrauensmannes“ des Herrn Poincaré.

Richert — diesen Namen kennt im Saargebiet jeder Arbeiter, jeder Angestellte, jeder Beamte, jedes Schulkind fast. Aber dieser Name ist allen, die ihn kennen, der Inbegriff der französischen Heuchelei, Hinterlist, Gemeinheit, Feigheit und Niedertracht!

Und mit diesem Manne haben die Fuchs-Machhaus gemeinsame Sache gemacht!

Wo ist das Wort, stark genug, solch ehrvergeßene Handlungsweise gebührend zu brandmarken?

V. J.

Protest- und Mahnruf des Saarländesrates.

Seit 8 Wochen stehen die Bergarbeiter des Saargebiets im Streik. Menschenunwürdige Behandlung und bessere Bezahlung ist das Ziel dieses hartnäckigen Kampfes, der das gesamte Wirtschaftsleben des Saargebiets erschüttert und zahlreiche Familien in unbeschreibliches Elend gebracht hat. Die Regierungskommission, der vom Völkerbund das Wohl der Saarbevölkerung als erste Pflicht anvertraut ist, hat allzu viel andere, „wichtigere“ Sorgen, die ihr von Paris nahegelegt werden. Sie hat es nicht der Mühe wert erachtet, in dem Streit zwischen Bergverwaltung

und Arbeiterschaft vermittelnd einzugreifen. Im Gegenteil, sie hat sogar dem im Widerspruch mit dem Versailler Diktat noch immer im Saargebiet befindlichen französischen Militär die volle Polizeigewalt für die Dauer des Streikes übergeben und so noch wesentlich zur Verschärfung der Lage beigetragen.

Der jetzt zu seiner 3. Sitzungsperiode zusammengetretene Landesrat des Saargebiets hat sich nunmehr, obgleich ihm auf Grund der bisherigen Geschäftsordnung, die jede Initiative dieses

„Scheinparlaments“ ausschließt, mit den für das Saargebiet nachgerade katastrophalen Auswirkungen des Streiks befaßt und dabei in einer von allen Parteien gebilligten Entschliebung die Regierungskommission eindringlichst an ihre Pflicht erinnert. Die Entschliebung hat folgenden Wortlaut:

„Die Auswirkungen des Bergarbeiterstreiks, der beinahe sechs Wochen dauert, sind verheerend. In den meisten Haushaltungen fehlt es an Brennmaterial und Beleuchtung. Viele Familien können keine warme Speise zubereiten. Die Körperpflege leidet erheblich. Schulen müssen schließen, das Kleingewerbe ist stillgelegt infolge des Fehlens der motorischen Kraft. Handel und Gewerbe liegen darnieder. Der Steuerausfall erhöht die ohnedies schwierige Finanzlage der Gemeinden. Die Großbetriebe, die viele 1000 Arbeiter beschäftigen, schließen nach und nach ihre Tore. Die Vorstände der Fraktionen des Landesrates bedauern die schwerwiegenden Folgen des Streiks auf das tiefste. Sie glauben alles tun zu müssen, was die Dauer der Leiden der Bevölkerung und die unnützen Schäden der Wirtschaft abzurufen kann. Daher stellen sie fest, daß es Pflicht der Regierungskommission ist, über den Parteien stehend, Schritte zu einer Vermittlung zu ergreifen.“

Weiter kritisierte der Landesrat in schärfster Weise die jüngste Kautschukverordnung, die von der Regierungskommission ohne Befragung der Volksvertretung erlassen wurde, angeblich analog dem deutschen Reichsgesetz zum Schutze der Republik. In Wahrheit geht dieses „Schutzgesetz“ lediglich darauf hinaus, der Bevölkerung, ihrer gewählten Vertretung und der Presse jede Kritik an der rücksichtslosen Französisierungs- und Entrechtungs-politik der Regierungskommission unmöglich zu machen, dafür aber das Verräter- und Denunziantentum gesetzlich zu sanktionieren.

Gegen den Erlass der Verordnung ohne Befragung des Landesrates legte Abgeordneter Levaucher scharfe Verwahrung ein. Er stellte die Frage, wann diese Verordnung aufgehoben würde. — Dr. Schaefer (Dem.) stellte fest, daß die Verordnung

jeder formellen und materiellen Grundlage entbehrt. Im Saargebiet sei seit Einzug der Regierungskommission nicht ein einziger Fall der vielen Tatbestände, die in der Verordnung unter Strafe gestellt seien, vorgekommen. Der Vergleich mit dem Reichsgesetz sei vollständig deplaciert. — Abg. Schmelzer (D. Sp.) hob hervor, daß die Notverordnung erlassen wurde, kurz nachdem die Tatsachen des Hectorprozesses erwiesen waren. Die Fraktion würde die Notverordnung vor den Völkerbund bringen. — Der Kommunist Helffer nannte die Verordnung der Regierungskommission eine Kriegserklärung an die Bevölkerung des Saargebietes. — Dr. Sender (Soz.) führte aus, die Verordnung sei rechtsungültig und diese rechtliche Beschneidung sei unerträglich geworden. Die Saarpolitik der Regierungskommission sei französische Annexionspolitik. Sie verfolge nach dem programmatischen Geständnis führender französischer Politiker die systematische Niederhaltung der Bevölkerung und ihrer Vertretung, des Landesrates. Diese Wünsche seien durch die sogenannte Notverordnung der Regierungskommission restlos erfüllt worden. Die Notverordnung sei die nackte Gewalt der Bajonette. Die Abänderung des Versailler Vertrages, des Strafgesetzbuches, des Pressegesetzes, des Reichsvereinsgesetzes sei nicht erfolgt zum Schutze freier, republikanischer Erziehungsinstitutionen, sondern zum Schutze von Unrecht und Gewalt für annexionspolitische Ziele. Das ganze Volk sei vogelfrei in seiner eigenen Heimat einem dauernden Belagerungszustand ausgeliefert. Das einzige Völkerbundsgebiet sei die Grabstätte jeglicher Freiheit geworden.

Man sieht: Die waderen Kämpfer für Recht und Freiheit im Landesrat lassen sich auch durch die neuesten Drohparagrafen der Regierungskommission nicht einschüchtern. Diese aber wird — das zeigt die Vergangenheit — alle Protest- und Mahnrufe der Saarbevölkerung in den Papierkorb werfen und ihre gewissenlose Gewaltpolitik im Dienste Frankreichs fortsetzen, gemäß den ihr von Paris erteilten Weisungen!

Die deutsche Saarbevölkerung ist der rachslosen Verwelschungs-politik Frankreichs schutzlos preisgegeben. J. H.

Klänge aus der Saarheimat.

Beiträge zur Volkskunde der Heimat.

Eine dankenswerte Anregung zur Sammlung von Beiträgen zur Volkskunde der Heimat gibt die „Saarzeitung“ in Saarlouis. Sie sagt in ihrer Aufforderung zur Sammlung, daß die neue Pädagogik eine Entwicklung der Heimatidee verlangt; aller Bildungstrost soll von der Heimat aus erfährt werden, um den Schulunterricht volkstümlicher zu gestalten.

Was soll gesammelt werden? Zunächst Beiträge aus der Mundart. Dafür ist es höchste Zeit, damit gerade die urwüchsigen und originellen Ausdrücke und Redewendungen, die man heute nur noch bei alten Leuten hören kann, nicht verloren gehen. In der Mundart spiegelt sich die Volksseele wieder, sie ist ein wichtiges Stück Heimat. Goethe hat recht, wenn er sagt: „Jede Provinz liebt ihren Dialekt, denn er ist eigentlich das Element, in welchem die Seele ihren Atem schöpft.“

Weiterhin volkstümliche Kinder- und Spielreime, Volkslieder aus alter und neuer Zeit, Sagen, Sitten und Gebräuche aus dem früheren Volksleben der Heimat.

Diese Anregung ist außerordentlich begrüßenswert und wir bitten auch unsere Leser und Freunde in Stadt und Land, in der Heimat, in der Ferne, im Ausland, die Aufforderung zur Sammlung von Beiträgen zur Volkskunde unserer schönen Saarheimat auch auf sich zu beziehen. Wir legen das Einverständnis der „Saarzeitung“ voraus, daß wir die je in ihren Spalten zum Ausdruck kommenden Beiträge auch in unsern „Saarfreund“ aufnehmen und hoffen, daß wir diese Veröffentlichungen durch Einsendungen aus unserer großen, weitverbreiteten „Saarfreund“-Gemeinde ergänzen können. Diese Veröffentlichungen sollen ein weiteres Band bilden, das uns mit unserer geliebten Heimat an der Saar noch enger und unzertrennlicher verbindet.

Helfe daher jeder nach Kräften mit, dieses Band recht festzu- knüpfen.

Als erste Veröffentlichung in der „Saarzeitung“ lassen wir folgende „schlagkräftige“ Abhandlung folgen:

Wie ei Pettechin un der Kelle sich verlobt hann.

(Eine Skizze über die moderne Ausdrucks- für „Schlagen“ und „prügeln“.)

Ei Pettechin hott de Kelle beim Klederteschschillen pladig gemacht. Do hat der Kelle: „Her mol, Pette, eich well da mol appes sah; dau hascht de ganzen Zeit gesautelt unn Schmu gemacht!“

Pettechin: Wat? Ea dat nomoll! Dann schurren eich da an, daß de nemme wäsch, wo de dran becht!

Kelle: Jo, rehgeier dat mol! Dann hauen eich da an enn de Freh, daß de birmelig wirsch!

Pettechin: Dau? Mir an hauen? Dau Trauer-schwanz! Wäschde nemme, wie eich Dich domols off da Reich geflächt hann? Do hott eich da jo an gehuscht, daß de beino enn ei Affsch geklo becht! (Affsch ist eine Badestelle im Elbach in der Nähe des Bahnhofes.)

Kelle: Sei marn rouig! Denksche nemme dran, wie eich dich em Hetschegässel vertimmelt hann? Do hottsche jo noch sechs Wochen de blo und grein Schmuwen off'm Bodell!

Pettechin: Stentiger Liener! Dau hottschit do Abfall freit va mir, eich hott deich verrotzt! De hascht haut noch Strämen hennen, so brät wie'n Käfert!

Kelle: Je, heer off mit deiner Lienerlei; geff ma leiwer mei Klederten, die de man gekaut hascht, du Strepper!

Pettechin: Ea nomol Strepper! Dann hauen ich da an enn die dreckig Schneh, daß da de Zänn em . . . wodeln!

Kelle: Hul Du armer Kribs! Dann schlehn eich da an off de Nas, daß da de Breih zum Maul raus läst! Komm nur mol en bejjin näer! Eich gäng da de Freh schonn boletern, Kledertenstrepper!

Pettechin: So, jehert freischde an, du Tuback! — knätsch! — knätsch! — — datsh! — (a leffelt em Kelle en pa henner de Ohren.) Eich well der mol de Kolwen laufen, du Zänker!

Kelle: (lascht em Pette an enn de Reiskaul): Schromm! Die lo wor nei van schlechten Eltern! — Wupp! Eich dachteln da noch an!

Pettechin: (schlett em Kelle an off de Kopp.) Wupp-dich! Lo haschde mol an off die Gewwel! — Witsch! Metten en de Freh!

Kelle: Wat! Eich schdrossen dich, daß de Lompen kottsch! Eich schlehn dich kromm und bodelich!

Pettechin: (tappi em Kelle an hennenrenn.) Gleich freischde noch an off de dicken Dä, daß da ei Feier vor de Auen temmt, du rober Schiganer! Eich pladen dich an de Wand, daß de dran hengen bleisch!

Kelle: (hängt an je pinzen.) Wat noch'n bejjin! Jehert gehn eich mir en Arment hollen! Dann wirtsche geprobnt! Eich schlehn da haut noch de Hähen durich! (A gett furrt.)

Pettechin: Hoihoi! Weil padrecht a sich! Huijtiujil Roger! Eich hann dich awwer mol orntlich gewamscht! — De hascht jo Schach enn de Boas! — Ei näsch! Mol freischde noch meh de Balch dahau!

A. J.

Französische Annexionsfortschritte im Saargebiet.

Durch den unablässigen Frankendruck der Saarregierung auf Wirtschaft und Gemeinden wurde das gesamte Saargewirtschaftsleben aus Gründen französischer Annexionsmaßnahmen mit voller Absicht in den Ruin hineingeführt. Am 30. Dezember v. J. mußte z. B. der Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken dem städtischen Beamtenauschuß erklären, daß er nicht mehr in der Lage sei, am 1. Januar 1923 die fälligen Gehälter zu zahlen. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei vielen anderen Gemeinden, so daß einige von ihnen die Gehälter aus Anleihenmitteln zahlen mußten. Die Gründe hierfür sind mehrfacher Art, jedoch alle gleichen Ursprungs. Mit der Besitzergreifung der Saargruben durch Frankreich bedeutete die Saarkohle im Saargebiet das Druckmittel zugunsten der Frankengewährung, zugunsten der Französisierung der saarländischen Industrie. Wer kein französisches Kapital aufnahm, bekam keine Kohle, wer die Kohle nicht in Franken bezahlte, dem wurde sie verweigert, wer (in geeigneten Fällen) sich nicht verpflichtete, Frankenzahlung und Frankengebühren einzuführen, der ging gleichfalls leer aus. Nach sehr harten Kämpfen, aber mit Sicherheit, gewann der Franken immer mehr Ausdehnung im Saargebiet. Alle öffentlichen Verkehrsanstalten, zahlreiche private Verkehrsunternehmen (wie die Straßenbahnen), der größte Teil der Schwerindustrie, zahlreiche Gemeinden führten Frankengebühren, Frankengehälter und -löhne ein. Wo der Entschluß schwer fiel, half man mit Lockmitteln nach (Frankenvorschüsse zu sehr günstigen Bedingungen, hohe Frankenzuschüsse aus nicht bekannten Fonds usw.) Auf diesem Wege gelang es, daß der Franken zu zwei Dritteln das allein gültige Zahlungsmittel, die deutsche Mark im Saargebiet verdrängt haben dürfte. Und als schließlich die Freien Gewerkschaften vor kurzem die allgemeine Frankeneinführung forderten, da jubelte der „Matin“-Vertreter Stephane Lauzanne: „Liebe französische Banknote! Man hat dich gerufen! Dein Bild der behelmten Frau dringt zuerst ein ins Saargebiet. Bist du ein Vorläufer?“

Die Folgen, die diese gewalttätige Umstellung der Währungswirtschaft im Saargebiet hervorriefen, sind katastrophal; doch das war den Trägern dieser Politik, die Saarregierung im Auftrage Frankreichs, gleichgültig oder nicht gleichgültig, sondern diese Folgen waren beabsichtigt. Nur durch Not, durch Hunger, durch Elend und Grauen vor der Zukunft glaubt man den deutschen Sinn der Bevölkerung brechen zu können, glaubt man der wirtschaftlichen und politischen Annexion des Landes die Annexion der Herzen und Seelen folgen lassen zu können.

Wie maßlos rücksichtslos unter Beiseiteschiebung aller gesetzlichen und rechtlichen Bestimmungen Frankreich bei seinen Annexionsbestrebungen vorgeht, beweist ein Schreiben der französischen Regierung in Paris an die bekannte Metallwerke-Firma Billeroy u. Söhne (Stielgut, Terralotten und Jagencen), in dem ihr mitgeteilt wird, daß die Zulassung ihrer Fabrikate in Frankreich von der Erfüllung folgender Forderungen abhängig gemacht wird: 1. Die Einführung der Frankenzahlung am 1. Januar 1923; 2. Ueberführung von 60 Prozent Geschäftsanteile in französischem Besitz; 3. Anstellung von Franzosen in den leitenden Stellen. Die Firma hat die Hauptforderungen jedoch abgelehnt.

Das sind die Methoden, die Frankreich unter Ausnutzung produktiver Pfänder (Saargruben) im Saargebiet zur Anwendung gebracht hat und weiter zur Anwendung bringt. Sie geben ein überzeugendes Beispiel dafür, welchen Gebrauch Frankreich von den angebotenen Pfändern im Rheinkand und Ruhrgebiet zu machen gedenkt. Mit Hilfe der wirtschaftlichen Druckmittel, die es dann dort in der Hand hat, wird es versuchen, daß dem Umlauf französischen Geldes keine Schwierigkeiten bereitet wird. Es wird den Währungsduellismus schaffen, der die rheinische Wirtschaft vernichtet, die Bevölkerung durch Not und Elend paralysiert. Denn was verlangte Frankreich laut Geheimbericht Jowelskis schon im Jahre 1913?

„Die politische und ökonomische Kraft Deutschlands zu vernichten.“

Soziale Rückständigkeit im Saargebiet.

Wir lesen in der „Saarbr. Landesztg.“: „Auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung sind wir hier im Saargebiet gegenüber dem Deutschen Reich noch ziemlich im Rückstande. Eine Tatsache, die auf den langsamen und schleppenden Gang bei der Einführung der deutschen Reichsgesetze durch die Regierungskommission zurückzuführen ist. Daß dadurch schon mancher Bewohner des Saargebietes in seinen berechtigten Interessen benachteiligt worden ist, bedarf wohl keiner besonderen Erklärung. Ganz besonders tritt dieser Unterschied auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge in Erscheinung. Während seit Beginn des Jahres die Unterstützungssätze im Reich entsprechend der Deuerung wiederholt erhöht wurden, waren hier noch die alten Sätze in Kraft, die durch die enorm steigende Teuerung, bedingt durch die besonderen Verhältnisse im Saargebiet, bei weitem überholt waren. Recht wohl zu verstehen war es, wenn selbst verheiratete Erwerbslose auf die Unterstützung von nur 22 Mark täglich verzichteten. Heute bezieht ein verheirateter Unterstützungsempfänger mit einem Kind 876 Mark täglich. Im Deutschen Reich sind die Sätze abermals erhöht, so daß ein Erwerbsloser im Reich, trotzdem die Teuerung dort nicht so hoch ist wie hier, über das Dreifache der hier gezahlten Unterstützung erhält.“

Eine weitere Rückständigkeit weist das Arbeitsnachweiswesen im Saargebiet auf. Während im Deutschen Reich das Arbeitsnachweiswesen seit Oktober 1922 durch die Einführung des Arbeitsnachweisgesetzes geregelt ist, wartet man im Saargebiet dieses wichtigen Gesetzes, so daß die Arbeitsnachweise im Saargebiet in ihrer praktischen Tätigkeit und Befähigung sehr beschränkt sind.

Ebenso steht es mit dem Tarifwesen aus. Im Deutschen Reich ist durch die Errichtung der Tarifämter das Tarifwesen allgemein zentralisiert, während hier auf diesem Gebiete so gut wie nichts erfolgt ist. Das gleiche gilt von der Schaffung von Berufsberatungsämtern für die schulentlassene Jugend. Einige größere Gemeinden haben im Anschluß an die Arbeitsnachweise unter Aufwendung großer finanzieller Mittel sogenannte Berufsberatungsstellen in Verbindung mit Lehrstellenvermittlung errichtet, um wenigstens den Eltern der Schulentlassenen bei der überaus wichtigen Berufswahl mit Rat zur Seite zu stehen. Wie groß das Interesse und das Bedürfnis an diesen Stellen ist, zeigt die starke Inanspruchnahme dieser Einrichtungen.

Diese sozialen Rückstände zu beseitigen, sollte schnelle und ernste Aufgabe der Regierungskommission sein.

Seid fest und treu!

Seid fest und treu, ihr deutschen Brüder,
Und haltet jedem Sturme stand!
Das höchste eurer hohen Güter,
Das ist und bleibt das Heimatland.

Das Heimatland laßt uns beschirmen
Vor kalter, ungeklärter Not,
Dann mögen sich die Wogen türmen,
Sie brechen doch an unserm Mut.

Wir wollen zagen nicht und wanken
Und flüchten ohne Furcht und Scheu,
Daß unser Wollen ohne Schranken
Nur eines sei: Wir bleiben treu!

Wir bleiben treu! Bedarf's ein Schwören?
Nein! Reichen wir uns stumm die Hand:
Auch ohne Schwur und Wort gehören
Wir dir, du deutsches Vaterland!

Wir glauben, daß die deutsche Treue
Vor keinem Sturm zu Staube sinkt
Und daß aus reiner Himmelsbläue
Bald wieder unsere Sonne winkt.

Wir glauben, daß dereinst Frieden,
Wir glauben fest und unbeirrt,
Daß doch dereinst ein wahrer Frieden,
Ein deutscher Frieden kommen wird.

Aus dem Saarwirtschaftsleben.

Warenverkehr Saargebiet — übriges Deutschland.

In der neuesten Nummer seiner Zeitschrift „Der Saarhandel“ gibt der „Schuhverein für Handel und Gewerbe im Saargebiet, E. V.“ seinen Mitgliedern folgendes bekannt:

Mit Rücksicht auf den noch völlig ungeklärten Stand der Ausfuhrfrage und im Hinblick auf die eisenbahntechnischen Schwierigkeiten im Wechselverkehr Saargebiet — übriges Deutschland empfehlen wir unseren Mitgliedern dringend:

1. Vorläufig keinerlei Ausfuhranträge einzureichen (weder für besetztes noch für unbesetztes Gebiet).
2. Die Lieferanten im besetzten und unbesetzten Gebiet zu ersuchen, vorläufig keinerlei Warensendungen nach dem Saargebiet abgehen zu lassen.
3. Mit Firmen des besetzten Gebietes vorläufig keinerlei Kaufverträge abzuschließen.

Neuer Weizenpreis. Die Regierungskommission hat den Preis für das rationierte Zweitilo-Brot ab 18. März 1923 von M. 1400 plus 30 Cts. (Bruttoverdienst des Bäckers) auf M. 2060 plus 36 Cts. erhöht. Diese Erhöhung ist darin begründet, daß die Reichsgetreidekasse den Bezugspreis für 100 Kilo Auslandsweizen von M. 119 000 auf M. 181 000 erhöht hat.

Bierpreis in Frankenwährung. Der Brauereiverband für das Saargebiet hat beschlossen, vom 11. März ab den Preis für Bier in Frankenwährung zu erhöhen. Ein Hektoliter kostet von diesem Tage ab 70 Frs.

Befolgung der städtischen Bediensteten in Saarbrücken. Mit Wirkung vom 1. März 1923 werden die Bezüge der städtischen Beamten und Angestellten sowie der Lehrer und Lehrerinnen des Gymnasiums II, der Mittelschulen und der damit verbundenen Anstalten der Stadt Saarbrücken nach den derzeitigen Befoldungssätzen der Regierungsbeamten des Saargebietes ganz in der Frankenwährung ausbezahlt. Den städtischen Arbeitern werden vom gleichen Zeitpunkt ab die festgesetzten Lohnbezüge ebenfalls ganz in der Frankenwährung gezahlt.

Sterbende Industrie. Die Halberger Hütte in Brebach hat, nachdem der gesamten Belegschaft zum 15. März gekündigt ist, ihren Betrieb vollständig stillgelegt. Nur etwa 250 Arbeiter an den Hochöfen und der Koksanlage bleiben weiter beschäftigt. — Die Bopelius'sche Glashütte in St. Ingbert hat den produktiven Betrieb wegen Kohlenmangel eingestellt. Damit ist unsere gesamte Glasindustrie zum Erliegen gekommen. Den Arbeitern wird ein Teil ihres Lohnes weiter bezahlt.

Die Stromversorgung durch die Pfalzwerke. Durch die Stilllegung des Eisenbahnbetriebes in der Pfalz ist auch der Güterverkehr vollständig lahmgelegt. Die Folge ist, daß auch die Kohlenvorräte in der Pfalz stark zur Neige gehen und äußerste Sparsamkeit am Platze ist. Auch die Pfalzwerke werden von der Stilllegung stark in Mitleidenschaft gezogen, denn wie das Werk mitteilt, sind die Kohlenvorräte in den Werken Homburg und Ludwigshafen auf eine Menge von 1700 Tonnen zurückgegangen. Der Hauptstrombezug für die Pfalz erfolgt vom Kraftwerk Homburg, das Werk Ludwigshafen hat nur eine geringe Leistungsfähigkeit; mit einem Strombezug von rechtsrheinischen Werken aber kann unter den heutigen Verhältnissen nicht gerechnet werden.

Das Stauwerk bei Mettlach scheint endlich ernstlich in Angriff genommen zu werden. Die G. m. b. H. Saarkraftwerke im Merzig beantragt: 1. in der Saar oberhalb Mettlach bei Stromkilometer 71,7 + 70 ein mächtiges Schützenwehr mit anschließender Schiffsschleuse nach dem linken Ufer zu und nach dem rechten Ufer zu mit anschließendem Wasserkraftwerk zu erbauen und zu halten; 2. die Saar mittels der unter 1 genannten Bauwerke bis auf die Höhenlinie 106,00—NN zu stauen und 3. das Wasser der Saar in dem Wasserkraftwerk bis zu der Höchstmenge von 60 ckm in der Sekunde zur Beaufschlagung von vier Turbinen zur Erzeugung von Elektrizität zu gebrauchen.

Verkehr.

Ein Verkehrsbild an der Saargebietsgrenze.

Eind. Abwaschlungsreiche Bilder entwickeln sich jetzt täglich an der saarpfälzischen Grenze. Hier mündet aus der Richtung Zweibrücken, Sickingenhöhe, Birmasens usw. ein Hauptstrom der beruflich im Saargebiet beschäftigten Westpfälzer vom Landstrahlen in den Eisenbahnverkehr. Die Anpassung und Einstellung der großen Massen von Arbeitern und Angestellten, die täglich morgens ins Saargebiet an ihre Arbeitsstellen müssen und abends zurückkehren, gegenüber dem Wegfall der jahrhundertlangen Züge geht flott voran. An den ersten Tagen haperte es freilich sehr. In den pfälzischen Grenzbezirken fehlte jede Möglichkeit, die gewohnte Fahrgelegenheit durch die Frühzüge zu benutzen. Kurz entschlossen pilgerten Tausende von Westpälzern zu Fuß über die Saargebietsgrenze durch die zwei Haupteingangsporten des

Eisenbahnverkehrs, Zweibrücken und Bruchmühlbach. Schon von morgens 3 und 4 Uhr ab glitten die Landstrahlen dem Bilde einer kleinen Völlerwanderung. Der Bahnhof Einöd bildete ein Hauptziel der Wandernden. Noch nie seit seinem Bestehen hat er solche Menschenmassen gesehen wie in den letzten Tagen. Die Bahnsteige waren in undurchdringlicher Mauer von einer tausendköpfigen Menge besetzt, die Fahrgelegenheit nach Richtung Saarbrücken, Blieskastel, St. Ingbert und Homburg abwartete. Die Gleisanlagen in Einöd ermöglichten nicht, als Endstation für einen Zugverkehr zu dienen, so daß die Verbindung mit der Hauptstrecke nach Saarbrücken durch Pendelverkehr mittels Triebwagens aufrecht erhalten werden mußte, der in Schwarzenader die Saarpfänge erreichte. Nur ein Bruchteil der Wartenden konnte natürlich in den wenigen Abteilen Platz finden, die bei der jedesmaligen Einfahrt gestürzt wurden. Vollgepfropft bis aufs Äußerste, an Vorsprüngen und Puffern mit Menschen behangen, fuhren die Wagen ab, während Hunderte sich von neuem auf den Weg machten, um zu Fuß die Station Schwarzenader oder Homburg zu erreichen. Auch Bierbach und Blieskastel bildeten Ziele der Fußgänger, die zum Teil viele Stunden Nachtmarsch hinter sich hatten. Die Unbequemlichkeiten wurden aber mit dem dem Pfälzer eigenen Humor getragen und manches Witzwort der Fahrgäste tröstete die Zurückbleibenden. Aus Richtung Landstuhl und Kaiserslautern entwickelten sich von Bruchmühlbach ab auf den saarlandeinwärts gelegenen Eisenbahnstationen ähnliche Bilder, die besonders belebt waren, da zu Beginn der Woche zahlreiche Arbeiter, die nur Sonntags nach Hause kommen, die Reise zur Arbeitsstätte antreten; hätten die Bergarbeiter nicht im Ausstand gestanden, so wären noch einige Tausend Mann mehr zu den ohnedies schon großen Massen gestoßen. In den letzten Tagen flaute der Ansturm mehr und mehr ab, da nun jeder seine Erfahrungen gesammelt hat und viele bis zur Wiederkehr normaler Zustände im Saargebiet verbleiben. (Sbr. 3tg.)

Schule und Kirche.

Auch die evangelischen Geistlichen gegen die franz. Schule. Nachdem erst kürzlich die katholische Geistlichkeit sich in ungewohnter Weise gegen die französische Schule ausgesprochen hat, sahte nun auch die evangelische Geistlichkeit in der Konferenz der vereinigten Kreissynoden von Saarbrücken und St. Johann eine Entschiedenheit gegen die französischen Schulen, in der es u. a. heißt: „In ernster Sorge warnen wir alle evangelischen Väter und Mütter, ihre Kinder aus irgend welchen Gründen unserer bewährten evangelischen Volksschule zu entziehen oder um irgend eines materiellen Vorteils willen zu entfremden. . . . Wir halten daran fest, daß das Kleinod unserer bewährten Volksschule nicht angetastet werden darf, aber durch die Errichtung der ganz anders gerichteten französischen Schulen ernstlich gefährdet ist.“ Die evangelische Geistlichkeit lehnt in Zukunft die Erteilung des Religionsunterrichts an die französischen Kinder auch da ab, wo das bisher geschehen ist.

Ein „neues“ Lesebuch für die Volksschule. Im Auftrage der Regierungskommission ist für die Saarschulen ein neues Lesebuch für die Mittelstufe erschienen, das durch eine von Professor Kottion berufene Kommission bearbeitet wurde. Das Buch ist ein neuer klarer Beweis für den Geist, der in der Regierungskommission herrscht. Mit dem Buch ist ein neues Mittel geschaffen, um in den Lehrern, ganz besonders aber in den Kindern, auf denen die Zukunft ruht, das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem deutschen Vaterlande abzukumpfen. Trotz des Umfanges von 275 Seiten sind die Worte „Deutschland“ und „deutsch“ mit einer Ausnahme in dem Buch nicht zu finden. Auch Worte wie „Vaterland“ und „Vaterlandslied“ sind in dem Buch mit peinlicher Sorgfalt vermieden. Kein Lied auf die deutsche Muttersprache hat Platz gefunden, kein einziges Volkslied. Dieses Lesebuch für deutsche Kinder weiß nichts von der Vergangenheit des deutschen Volkes, der „Heimgarten“ weiß auch nichts von der deutschen Heldensage, weiß nichts vom deutschen Rhein und seinen Burgen und Domen. Kein Wort findet dieses Muster eines Tendenzlesebuches über die Arbeit und Tüchtigkeit des deutschen Volkes und über die wirtschaftlichen Beziehungen des Saargebietes zu seiner deutschen Heimat. Obwohl kein deutscher König, kein deutscher Soldat, kein deutsches Regiment genannt wird, gedenkt das Buch eines französischen Königs, der vor 250 Jahren den Befehl zum Bau der Stadt Saarlouis gegeben hat. Daß saarländische Kohlen nach Paris gehen und daß lothringische Erze im Saargebiet verarbeitet werden, erschien den Verfassern als so wichtige Tatsachen, daß sie unbedingt erwähnt werden müssen. Nicht aber brauchen die Kinder zu hören, daß Süddeutschland von den Saarkohlen abhängig ist.

Sieht man das Lesebuch als Ganzes an, so ist festzustellen, daß viel fleißigere und wertvollere Arbeit fehlt, daß es sich um ein neues Propagandamittel der französischen Regierungskommission handelt.

Aus dem Saarbergbau.

Der Streik der Bergarbeiter.

Die Streiklage im Saargebiet ist unverändert. Der feste Wille zum Durchhalten besteht in unverminderter Kraft sowohl bei der gesamten Bergarbeiterschaft, wie es die Tagungen der Belegschaftsversammlungen mit erfrischender Deutlichkeit erkennen lassen, wie bei der durch die wirtschaftlichen Folgen des Streiks betroffenen Bevölkerung. Zwar läßt die Bergverwaltung kein Mittel unversucht, ihrem Ziele, der Unterminierung der Geschlossenheit der Bergarbeiter, näher zu kommen. So hält sie die Gehaltsrückzahlung für die zurzeit streikenden Bergleute zurück und brachte sie lediglich an die Streikbrecher zur Auszahlung, verweigert auch ferner seit einigen Wochen die Leistungen der Randklasse an erkrankte Streikende und ihre Familienangehörigen. Es fehlt ferner nicht an organisierten Provokationen der musergültigen Ruhe bewahrenden Bergarbeiter von Seiten der wenigen Streikbrecher, an Versuchen, die Belegschaften zu direkten Verhandlungen unter Ausschluß der Organisationen zu überreden. Aber das macht ebenso wenig auf die Ausständigen einen Eindruck, wie auf die übrige Bevölkerung die Bemühungen, die wirtschaftlichen Beschränkungen und Unbequemlichkeiten infolge des Streiks für die gesamte Bevölkerung des Saargebietes künstlich zu erhöhen, um durch einen Umschwung der öffentlichen Meinung einen desto schärferen Druck auf die Bergleute auszuüben.

In erster Linie sind es französisch orientierte Unternehmungen wie die Saarland-Lothringen Elektrizitäts-A.-G., der die Strombelieferung der Stadt Saarbrücken obliegt und die, auf einem Streikfall zwischen Kohlenarbeitern und Streikbrechern fußend, sich ihrer vertraglichen Verpflichtungen für entbunden erklärt. Daß sie es vermacht, mit der Hauptstreikleitung wegen Stellung von Arbeitskräften in Verbindung zu treten, ist bei dem Eingreifen dieser Gesellschaft mit der Grubenverwaltung nicht verwunderlich. Die Großstadt Saarbrücken aber ist vollständig ohne Licht, da auch die Halberger Hütte als letzte die Gaslieferung eingestellt hat, ein Beweis für die Straußlosigkeit, mit der auf Seiten der Bergverwaltung der Kampf geführt wird, ohne die geringsten Bedenken in der Wahl der Mittel zu zeigen.

Selbstverständlich zeigen sich die Folgen des Streiks auch auf den Hütten, und die Regierungskommission sah der Brotlosmachung der Arbeiter, ungeachtet der durch die im Saargebiet herrschende Teuerung an sich bereits schwierigen wirtschaftlichen Lage der Lohnarbeiterschaft, ungeachtet des dem Handel hieraus erwachsenden Schadens, teilnahmslos zu. Die französisch orientierten Arbeitgeber aber fühlen sich nicht geneigt, im Interesse der wirtschaftlichen Wohlfahrt bei der Bergverwaltung vorstellig zu werden oder wenigstens, wie im Jahre 1919 die damals noch deutschen Unternehmungen bei der Sperrung der Kohlenzufuhr, dem Mittel, das das Eindringen französischen Kapitals erzwingen half, es taten, den notgedrungenen beurlaubten Belegschaften die Löhne zu zahlen oder in Kohlenarbeiten zu beschäftigen. Sie hatten vielmehr offen die Partei der Bergverwaltung, wobei die Arbeiterschaft als Spielball und als Objekt der Interessen französischer Kapitals betrachtet wird.

Wie dringlich der Mangel an Kohlen bereits geworden ist, zeigt die Notwendigkeit, in mehreren Orten die Schulen zu schließen, da die Unterrichtsräume nicht mehr geheizt werden können. Aber was auch immer die Folgen sein werden, die durch die arbeitserföndlichen Maßnahmen der französischen Bergverwaltung über das Saargebiet heraufbeschworen werden, ihrem Ziele der Zerstörung der Bergarbeiterorganisationen, um diese völlig zu entziehen, ist sie so weit entfernt wie am ersten Tage. Da klar liegen ihre eigentlichen Ziele, ihr verbissener Widerstand gegenüber der einwandfreien Haltung der Ausständigen, die nunmehr durch die Landesratsfraktionen der Zentrumspartei, der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, der Liberalen Volkspartei und der Deutschdemokratischen Partei mit dem internationalen Arbeitsamt beim Völkerbund in Genuß in Verbindung getreten sind, um die Lage zu besprechen, in der Auffassung, daß kein Mittel unversucht bleiben dürfte, die wirtschaftlichen Schädigungen aus dem der Arbeiterschaft aufgezwungenen Abwehrkampf auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Streik im Knappschafsstadium. Der Vorstand des Saar-Berliner Knappschafvereins sollte kürzlich eine Vorstandssitzung abhalten. Direktor St. Claire-Deville von der Bergverwaltung eröffnete die Sitzung und stellte mit, daß ein Vorstandsmitglied von der Bergverwaltung entlassen worden sei und infolgedessen an der Sitzung nicht teilnehmen könne. Das Vorstandsmitglied bewußt, welches von der Grubenverwaltung Eulbach gekündigt wurde, erklärte darauf, daß er tatsächlich die Papiere bekommen habe und den Sitzungssaal verlassen werde. Daraufhin standen sämtliche Vorstandsmitglieder aus den Reihen der Arbeiter auf und erklärten, daß sie unter diesen Umständen nicht gewillt seien, an der Sitzung teilzunehmen und verlassen den Sitzungssaal.

Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft.

Der Hectorprozeß.

der, wie an anderer Stelle ausgeführt wird, mit der Zurückziehung der „Beloidigungsaklage“ gegen den Redakteur Frankendete und damit das landesverräterische Treiben dieses „saarländischen“ Mitgliedes der Regierungskommission vor aller Welt dokumentierte, brachte in den beiden letzten Verhandlungsterminen noch eine Reihe bemerkenswerter Einzelheiten. Das angeforderte ärztliche Gutachten stellte zunächst fest, daß die Folgen der ausgesprochenen „Annehmlichkeiten und die physische Erregung Hectors Erscheinen im Gerichtssaal verbiete, daß aber gegen eine Vernehmung in der Wohnung keine Bedenken beständen“. Beide Parteien beantragten die Ladung weiterer Zeugen, so der ehemaligen Sekretärin Hectors, die wiederholt geäußert haben soll, daß es für eine deutsche Frau empörend sei, mißliche, derartige Briefe zu schreiben, wie es Hector getan; ferner den Stellvertreter Hectors in der Regierungskommission Land und des Generalsekretärs Morize von der Saarregierung. Die beiden letzteren sollten die „außerordentliche Gedächtnisschwäche“ des „Ex-Ministers“ bekunden, sowie bestätigen, daß der fragliche Brief in Paris nicht übergeben worden sei. Die Saarregierung verbot jedoch ihren Beamten, als Zeugen zu erscheinen. Diese Verlegenheitsmaßnahme der Regierungskommission hatte jedoch auf den Ausgang des Prozesses keinen Einfluß mehr. Am letzten Verhandlungstag ließ Hector dem Gericht eine Erklärung zugehen, in der er die Beloidigungsaklage zurückzog. Der Staatsanwalt beantragte daraufhin die Einstellung des Verfahrens, das Gericht schloß sich dem an. Hector gab also damit seine Position verloren.

Als Stellvertreter Hectors in der Saarregierung wurde auf Grund der Instruktion des Völkerbundes vom 13. Februar 1920 Herr Land, ehemaliger Landrat von Saarlouis, bestellt. Es ist interessant, daß die Saarregierung diesen von dem Reichsminister selbst vorgeschlagenen Stellvertreter mit der Wahrnehmung der Geschäfte des saarländischen Mitgliedes betraute. Es bleibt abzuwarten, ob der Völkerbund Herrn Land endgültig als Nachfolger bestätigen oder ob er der Anregung der politischen Vertretung der Saarbevölkerung Gehör schenkt und die in erster Linie interessierte Bevölkerung bzw. deren gewählte Vertretung bei der endgültigen Regelung der Frage, die für das Saargebiet von einschneidender Bedeutung ist, hören wird.

Der Regierungskommission ist die Entlassung Hectors natürlich peinlich, und sie hat sich bereit, derartigen Vorkommnissen in der Zukunft vorzubeugen. Die unerhörte Abwehrfront der gesamten Saarbevölkerung gegenüber der Franzosierungspolitik der Regierungskommission will sie nun mit Gewalt sprengen. Da ihr das nicht möglich ist, hat sie — natürlich ohne Anhörung der Bevölkerung, noch kurz vor dem Zusammentreten des Landesrates — eine sogenannte

Notverordnung

geschaffen, die eine unerhörte Anebelung der öffentlichen Meinung, das Ende jeder christlichen Kritik bedeutet. Die famose Notverordnung enthält u. a. folgende Bestimmungen: Außerordentlicher Schutz der Mitglieder der Regierungskommission, des Völkerbundes, der Bestimmungen des Versailler Vertrages. Dagegen steht die Verordnung für die Saarbevölkerung eine ganze Reihe neuer unerhörter Schikanen und Willkürakte voraus. So sagt Artikel 8 mit Bezug auf verurteilte Saareinwohner, die bekanntlich nicht mehr ausgewiesen werden können: „Dem Verurteilten kann im Urteil der Aufenthalt in bestimmten Teilen oder an bestimmten Orten des Saargebietes auf die Dauer bis zu fünf Jahren angewiesen werden.“ Kein Strafgesetzbuch eines Staates auf dem europäischen Kontinent kennt eine ähnliche Maßnahme vor gegen Mitglieder des eigenen Landes. Nach allen Regeln der Kunst dehnbar sind weiterhin die Bestimmungen des Artikels 2, die die Handhabe setzen sollen, das ganze politische Leben des Saargebietes unmöglich zu machen, die öffentliche Meinungsäußerung sowie die Pressefreiheit in einer Weise einzuzengen, die jede Betätigung des öffentlichen und politischen Lebens zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Der Landesrat hat bereits in seiner ersten Sitzung der letzten Sitzungsperiode zu dieser Maulkorbverordnung Stellung genommen, wie an anderer Stelle ausgeführt wird. Daß die Regierungskommission sich aber um die Proteste der Bevölkerung herzlich wenig kümmert, geht aus der Tatsache hervor, daß sie bereits mit der Anwendung der Maulkorbverordnung begonnen hat. Die

ersten Verbote

sind bereits ergangen. Sie betreffen den „Saarfreund“ in Wahren „Jakob“ in Stuttgart und den Münchener „Simultissimus“, die für die Dauer von sechs Monaten, die „Humanität“ (Paris) und die „Deutsche Zeitung“ (Berlin), die für vier

Wochen, die „Arbeiterzeitung“, die für zwei Wochen verboten wurden. Mit der Ausführung dieser Anordnungen wurde der Direktor der obersten Polizeiverwaltung, Herr Adler, betraut. Auch die

Ausweisung des Redakteurs Kaloß

von der „Saarbrücker Volksstimme“ zeigt, in welchem Geiste die Regierungskommission ihre neueste Verordnung handhaben will. Redakteur Kaloß wurde ebenso wie seine beiden Vorgänger, Pausch und Lehmann, mit der „Begründung“ ausgewiesen, daß sein Aufenthalt im Saargebiet nach eingehender Prüfung der Umstände die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährden könne.

Durch die „Lothringische Volkszeitung“ ist die von der Regierungskommission dem Studienauschuss übermittelte Vorlage betreff die

allgemeine Einführung der Frankenwährung

zum 1. April bekannt geworden. In dem Begleitbericht an den Studienauschuss begründet die Regierungskommission die Notwendigkeit der allgemeinen Frankenintroduction damit, daß sie auf die schädlichen Folgen des Währungsduals hinweist, der doch bekanntlich von ihr selbst, gegen den ausdrücklichen Willen der Bevölkerung und im Widerspruch zum Verfaller Vertrag, dem Saargebiet aufgezwungen wurde.

Die durch die Frankenpolitik der Regierung hervorgerufene, stetig wachsende Notlage aller Bevölkerungsteile hat zur Gründung der

„Allgemeinen Notstandshilfe in Saarbrücken“

geführt, in der sich alle konfessionellen und interkonfessionellen Vereine und parteipolitischen Körperschaften zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden haben, um einen einheitlichen Erfolg zu erreichen. Das Ziel der Notstandshilfe ist, nach Möglichkeit allen Hilfsbedürftigen in Saarbrücken, einzeln, welchen Gesellschaftskreisen, Parteien und Konfessionen sie angehören mögen, zu helfen. Dieser Notstandshilfe ist es bereits gelungen, mehrere Millionen zu ihrer Verfügung zu haben. Sehr beträchtliche Beträge sind bereits zur Auszahlung gelangt.

Personalmeldungen.

Arnold Beder, der nicht nur im Saargebiet, sondern weit darüber hinaus bestens bekannte Saarbrücker Großkaufmann, konnte am 12. März seinen 70. Geburtstag begehen. Geboren am 12. März 1868 im holländischen Sauerlandstädtchen Fredeburg als Sohn des Schwammindustriellen Joh. Friedrich Beder, besuchte er das Gymnasium in Münster, absolvierte, beim dortigen Train seine einjährigen Dienstzeit und beschrift dann die Kaufmannslehre bei der Firma Gebr. Sinn in Dortmund. Mit Hilfe seines Chefs gründete Arnold Beder im Oktober 1878 in der Bahnhofstraße in St. Johann ein Woll- und Kurzwarengeschäft unter der „Firma Gebr. Sinn“. 1880 wurde das Haus Bahnhofstraße 78 erbaut und dahin das Geschäft verlegt. Durch den um diese Zeit geschlossenen Lebensbund mit Fräulein Gertrud Sinn aus Bonn gewann Herr Beder eine treue Lebensgefährtin und verständnisvolle Mitarbeiterin. Das Unternehmen wuchs ständig im Innern und nach außen weit über das Saargebiet hinaus. Die Trennung des Engros vom Detailgeschäft wurde 1900 bis 1904 mit Tatkraft und Weitblick durchgeführt und der moderne Eisenbau an der Rarher- und Kaiserstraße errichtet und als besondere Engroszentrale ausgestattet, deren Geschäftsbeziehungen ganz Westdeutschland umspannen. 1908 erstand noch eine moderne Wäschefabrik. Auch das alte Detailgeschäft unter der Firma Gebr. Sinn wurde zu einem modernen Großkaufhaus ausgestattet. Die Riesenaufgaben, vor die der Weltkrieg und der verhängnisvolle Frieden mit seinen wirtschaftlichen Abschnürungen und tausendfachen Hemmungen den Leiter des Riesenunternehmens stellte, löste er in bestmöglicher Weise in unermüdlicher Arbeit, gestützt auf einen Stab bewährter Mitarbeiter, allen voran seine Söhne, von denen ihm einen der Krieg entriß, und ein Heer der Firma treu ergebener Angestellten. Eine von den Wirtschaftsverhältnissen geforderte Zwigniederlassung in Mainz wurde mutig gegründet und steht ebenfalls in Blüte. Möge das so herrlich vor uns stehende Lebenswerk des großzügigen Kaufmannes auch den schweren gegenwärtigen und künftig noch drohenden Wirtschaftstürmen erfolgreich standhalten. Der Jubilar hat sich um das kirchliche Leben des Saargebietes ebenso wie um das politische und wirtschaftliche Aufblühen der Saarstadt ungezählte Verdienste erworben. Erst im vergangenen Jahre fand er hohe Anerkennung seitens der katholischen Kirche durch Verleihung des päpstlichen Gregoriusordens. Das Vertrauen seiner Mitbürger verlieh ihn in den Stadtrat, in dem er als Mitglied der Zentrumsfraktion bis zur Revolution in zahlreichen Kommissionen zum Wohle der All-

gemeinheit arbeitete. Seine unermüdliche Arbeit für die Allgemeinheit in den schweren Kriegsjahren trugen ihm das Verdienstkreuz und die Rote Kreuzmedaille 2. und 3. Klasse ein. Seit 1890 gehörte er der amtlichen Vertretung von Handel und Industrie des Saargebietes als Mitglied, seit 1908 als zweiter und seit 1915 als erster Stellvertreter der Vorsitzenden an. Er ist Mitbegründer des Schutzvereins für Handel und Gewerbe und führte trotz seiner sonstigen gewaltigen Inanspruchnahme mit Weitblick und Takt dessen ersten Vorsitz durch elf arbeitsreiche Jahre. Dem verehrten Jubilar unsere besten Wünsche und seinem vielseitigen Wirken weiterhin Blüten und Gedeihen!

Auf eine 50jährige Zugehörigkeit zum Juristenstande kann am heutigen Tage Herr Justizrat Dr. Brügge mann von Saarbrücken zurückblicken. Der Jubilar ist ein geborener Kölner, studierte Rechtswissenschaft an verschiedenen deutschen Universitäten und wurde am 12. März 1873 am Landgericht Köln als Referendar vereidigt und hat dort als solcher gearbeitet bis Dezember 1878, wo er sich in Saarbrücken als Advokat-Anwalt, wie es damals hieß, niederließ. Hier war er als Anwalt über vierzig Jahre tätig und gewann sich nicht nur einen guten Ruf als Anwalt, sondern auch die allgemeine Achtung und das Vertrauen seiner Mitbürger. Im Stadtparlament und als Beigeordneter war er erfolgreich für das öffentliche Interesse tätig. Auch nach der Stadtvereinsung gehörte Beigeordneter Justizrat Brügge mann weiter dem Stadtparlament der Großstadt bis zur Revolution an. Im Dezember 1919 trat der Jubilar aus dem öffentlichen Justizdienst aus. Der Krieg 1870/71 sah ihn als Offizier unter den Fahnen und noch einmal im letzten Weltkriege folgte er als Major dem Rufe des Vaterlandes an die Front und wurde mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse dekoriert. — Möge dem hohen Jubilar noch ein langer und ungetrübter Lebensabend beschieden sein.

Sein 50jähriges Jubiläum im Dienste der Stadtgemeinde feierte dieser Tage der Bautechniker Max Mertel in Neunkirchen. — Fräulein Gertrud Schneider, Tochter des Augenarztes Schneider, hat am Mittwoch am Oberlyzeum in Saarbrücken unter Befreiung von der mündlichen Prüfung das Abiturientenexamen bestanden. Sie gedankt sich, wohl als die erste der Neunkirchner Damen, dem Studium der Medizin zu widmen. — Stadtschreiber Fritz Walter ist seit 30 Jahren ununterbrochen im Dienste der Verwaltung Neunkirchen tätig. Aus diesem Anlaß wurden dem thätigen Beamten von verschiedenen Seiten wohlverdiente Ehrungen zuteil.

Das Fest der Diamantenen Hochzeit konnten die Eheleute Franz Knab und Sophia, geb. Woll, in Elversberg begehen. Der Jubilar zählt 84 Jahre, die Jubilarin ist 82 Jahre alt.

Oberleutnant Pabst-Heidelberg †. Der in Saarbrücken allgemein bekannte und in hohem Ansehen stehende Oberleutnant Pabst ist vor einigen Tagen in Heidelberg gestorben. Mit ihm ist ein Stück der Geschichte des 8. rheinischen Infanterieregiments Nr. 70 dahingegangen, bei welchem er im Jahre 1884 als Fähnrich eingetreten war, um bis zu seinem Scheiden vom Regiment nach 23jähriger Dienstzeit in derselben die 9. und zuletzt die 1. Kompanie als Kompaniechef zu führen. Ein aufrichtiger deutscher Mann, ein thätiger, bei Vorgesetzten und Untergebenen sehr beliebter Offizier, mit vortrefflichen Eigenschaften und vorzüglichem Charakter, ist mit ihm dahingegangen. Die Saarbrücker Bürgerschaft, mit welcher er in seiner schlichten Art viel Verkehre unterhielt, schätzte ihn ganz besonders als großen Bismarckverehrer, und sie hat es ihm nie vergessen, daß er damals, als Fürst Bismarck in Ungnade gefallen war, seiner treuen Bismarckverehrung Ausdruck verlieh durch den regelmäßigen Besuch aller Veranstaltungen zu Ehren Bismarcks. Sein Andenken wird nicht nur von seinen Regimentskameraden und Untergebenen, sondern auch von vielen Saarbrücker Bürgern hoch in Ehren gehalten werden.

Todesnachrichten. Peter Mönch, Pensionär, 71 Jahre; Erich Kiefer, Bankbeamter, 26 Jahre; Philipp Jakob Nagel, Militärmusiker von 1866, 1870—71, im Alter von 78 Jahren; Franz Schmidt, Militärmusiker von 1870—71, 74 Jahre alt; Frau Margarete Dahlem, geb. Walter, 23 Jahre alt, sämtlich in Saarbrücken. Johann Hülser, Maschinenführer, 45 Jahre; Philipp Jung, 48 Jahre; Fritz Müller, Peter von 1870—71, im Alter von 71 Jahren; Witwe Caroline Gawatsch, geb. Hoffmann, 73 Jahre; Witwe Friedrich Neu, geb. Gölzer, 64 Jahre; Hans Kalsling, 5 Jahre, sämtlich in Neunkirchen. Peter Neufang III in Steinbach; Wilhelm Hübner in Spleßen; Johann Einsler, Landwirt, 69 Jahre, in Altorfweiler; August Brenner, 64 Jahre, in Gelsauern; Witwe Peter Weiß, geb. Beder, 76 Jahre, in Eisdorf; Frau Adolf Pfister, geb. Meyer, 27 Jahre, in Wehrden; Philipp Gelsbauer, 41 Jahre, in Ludweiler; Heinrich Hamm, 64 Jahre, in Fürsthausen; Martin Reppert, 91 Jahre, in Karlsbrunn; Peter Frischmann, 86 Jahre, in Lullenthal; Oscar Jacob, 40 Jahre, und Auguste Diller, 22 Jahre, in Böllingen; Herbert Mejer, 4 Jahre, in Oberböllingen.

Kleine Tageschronik.

Saarbrücken. Ruhrspende der Saarbrücker Bäcker. Die Sammlung der Bäcker-Zwangsinnung Saarbrücken-St. Johann er 15 500 000 M., die dem Zentralverband Deutscher Bäcker-Innungen „Germania“ zur Weiterleitung überwiesen wurden. — Der Bau eines Krematoriums in Saarbrücken rückt in greifbare Nähe. Es ist dafür ein Platz am Ende der Eingangsallee des Waldfriedhofs in Burbach in Aussicht genommen und das Hochbauamt der Stadt hat einen einjährigen, aber würdigen und ansprechenden Entwurf in einer kürzlich abgehaltenen Vorstandssitzung des Feuerbestattungsvereins vorgelegt. Zur Deckung der Baukosten, die auf 150 000 Franken geschätzt sind, wird der Feuerbestattungsverein einen entsprechenden, von den Mitgliedern durch Umlage aufzubringenden Beitrag leisten, um diese seit so vielen Jahren schwebende Angelegenheit möglichst schnell zum Ziele zu führen.

Saarlouis. In einer der Nächte der vergangenen Woche hatten Diebe aus dem Lagerhause des hiesigen Zollamts zwei große Geschäftskisten, die Zigaretten und Zigarillos im Werte von vier Millionen Mark enthielten, entwendet. Dank der unermüdbaren Tätigkeit unserer Polizei gelang es am vergangenen Sonntag, zwei Diebe festzunehmen und einen Teil des gestohlenen Gutes zu beschlagnahmen. Der Rest war bereits nach Griesborn verkauft, konnte jedoch noch rechtzeitig gerettet werden.

Altentessel. Ein imposanter Reizenzug bewegte sich am letzten Sonntag durch unseren Ort dem Friedhofe zu, wie ihn Altentessel wohl selten gesehen hat. Es galt nämlich, einem geliebten und geachteten Einwohner unseres Ortes, dem Rutscher der Bergwertsdirektion Luthenthal, Herrn Peter Frischmann, die letzte Ehre zu erweisen. Der plötzlich durch einen Unglücksfall aus dem Leben Geschiedene war ein braver und pflichtgetreuer Mann, der durch sein freundliches Wesen sich bei jung und alt, arm und reich, beliebt gemacht hatte.

Homburg. Dem Lauf der Gerechtigkeit entzogen hat sich der 46 Jahre alte verheiratete Zuschneider Christian Rehmer, der seinem Arbeitgeber, einem Schuhfabrikanten, Leder und sonstige Gebrauchsartikel im Werte von etwa fünf Millionen Mark gestohlen hat. Kurz nach seinen ersten Vernehmungen erhängte sich H. im Arrestlokal.

Blieskastel. Die Bürgermeisterwahl verlief nach drei Wahlgängen ergebnislos und mußte auf unbestimmte Zeit ausgesetzt werden.

Willingen. Die „Augsb. Postzeitung“ meldet aus Hof folgendes: „Ein in den mittleren Jahren stehender Mann namens Guth aus Willingen bei Reunkirchen an der Saar hat sich hier entleibt. Nach Aufzeichnungen hat er seinem Leben ein Ende gemacht, weil er das Unglück seines Vaterlandes, die Anwesenheit der Franzosen am Rhein, als unausschaltliche Schande empfunden habe.“

Reunkirchen. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Maschinenzentrale der Grube Oberschmeh. Ein Maschinewärter und ein Schlosser hatten eine notwendige geworden Reparatur im Schaltraum auszuführen. Durch irgendein Versehen kam der Schlosser dem Hauptkabel (Hochspannung von 2000 Volt) zu nahe und auch der Wärter verunglückte. Auf das Hilsegeschrei der beiden Verunglückten kam ein Maschinist herbei, dem es nach kurzer Zeit gelang, die hellbrennenden Kleider der Leute zu löschen. Dennoch waren die Verletzungen so schwer, daß die sofortige Ueberführung nach dem Lazarett nötig wurde. Der Zustand der beiden Verunglückten ist bedenklich.

Reunkirchen. Im hiesigen Realgymnasium fand die Abiturientenprüfung statt, der sich zehn Schüler unterzogen. Von diesen wurden fünf auf Grund ihrer schriftlichen von der mündlichen Prüfung entbunden.

Wieselskirchen. Holzfäller waren gestern im Ithwald mit dem Fällen von Bäumen beschäftigt. Der 11 Jahre alte Schüler Anton Schley von hier wurde dabei von einem niederstürzenden Baumstamm getroffen und totgeschlagen.

St. Wendel. Einen entsetzlichen Tod fand auf der Urweiler Mühle der Müllerknecht Kamhuber. Als der Mann abends nicht zum Essen erschien, machte man sich auf die Suche und fand ihn furchtbar verstümmelt im Mühlenwerk. Der Kopf war vom Körper getrennt und die einzelnen Gliedmaßen fielen im Räderwerk der Maschine. Das Mitleid und die Teilnahme der Bevölkerung wendet sich allgemein der betagten Mutter des Verunglückten zu, die nun auch ihren dritten Sohn verloren hat.

Wadern (Kreis Merzig). Bei den Ausschachtungsarbeiten für die neue katholische Kirche wurde ein Gefäß gefunden, in dem sich über 70 wertvolle Silbermünzen in Größe von unseren frühe-

ren Zwei- und Einmarkstücken befanden. Die Münzen tragen römische Schrift und Zahlen und sind wunderbar erhalten. Der Fund wurde dem Pastor von Brotdorf übergeben, der sich jedoch des Besitzes nicht lange erfreute. Ein Regierungsrat aus Saarbrücken kam einige Tage später und nahm den Fund im Auftrage der Regierung in Empfang. — Da man bei den Ausschachtungsarbeiten auch viele Knochen, ganze Köpfe usw. von Menschen fand, muß man annehmen, daß an dieser Stelle zu Römerzeiten ein Kirchhof war.

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

□ Eine gemeinschaftliche Sitzung des Vorstandes des Bundes „Saar-Verein“, des Beratungs- und Ausschusses der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des interfraktionellen Saarausschusses der politischen Parteien des Reichstages und der Landtage fand am Freitag, den 23. März 1923, nachmittags um 4 Uhr, im Preussischen Abgeordnetenhaus, Eingang Prinz-Albrecht-Straße 5a, statt.

Auf der Tagesordnung stand u. a.: Geschäfts- und Kassenbericht für das 4. Vierteljahr 1922. Aufbringung weiterer Mittel. Berichterstatter: Verwaltungsdirektor Vogel. — Berücksichtigung des Saargebietes bei der Rheinlandhilfe und der Ruhrhilfe. Berichterstatter: Vogel. — Abstimmungsfrage. Berichterstatter: Oberlandesgerichtsrat Andres. Vorschlag: Neue Eingaben und Vorstellungen bei den Regierungen. — Schulfrage. Berichterstatter: Vogel. — Unterstützung der Markempfinger. Berichterstatter: Vogel über die Beteiligung der Stiftung des Saarlago-Ausschusses in Höhe von 1 000 000 M. — Besondere Erwähnung des Saargebietes bei allen Rundgebungen und Erörterungen über besetzte Gebiete. Berichterstatter: Oberlandesgerichtsrat Andres. Vorschlag: Rundschreiben an Regierungen- und Pressestellen. — Bundestagung in Karlsruhe. Berichterstatter: Vogel. — Verschiedenes.

§ Einen Deutschen Abend, in dessen geistigem Mittelpunkt das Saargebiet stand, veranstalteten die vereinigten Jugendgruppen Zehlendorf-Nikolassee-Wannsee in Wannsee. Zahlreiche Freunde — alt und jung — waren aus ganz Groß-Berlin herbeigekommen. An der Stimmung merkte man, daß Verwohzeiten deutsche Lande durchstürmen. Im Rahmen deutscher Melodien und Verse, auch des ewigselbigen „Bibber Bäng“ Deiles v. Billecron, leuchteten die markigen, eindringenden Worte der Redner, die von Saar, Rhein und Ruhr sprachen und deutscher Jugend Hirn und Herz hinlenkten zu dem Schicksal unserer geknechteten Brüder im Westen des Reiches. Nicht nationalstische Hochglut überschwenglicher Begeisterung flammte auf, es war, wie es immer bei der Jugend mit dem geistigen Einschlag der Deutschen Volkspartei zu bemerken ist, zäher Wille, des Vaterlandes Not zur eigenen Not zu machen und den heiligen Glauben an Deutschlands Wiederaufstehen zu festigen. Die Sammlung von 37 700 M. für das Saargebiet beweist auch den idealen Erfolg des Abends.

§ Seinen 2. Belegang für Grenzlandarbeit im Rahmen seiner erfolgreichen nationalpolitischen Lehrturke veranstaltet das Politische Kolleg im Johannesstift Spandau vom 22. bis 28. April unter Leitung von Dr. Max Hilsebert Boehm. Das reichhaltige Programm eröffnet das Verständnis der aktuellen Probleme in den verschiedenen Grenzgebieten, indem es namentlich die dortige Entwicklung der letzten Jahre verfolgt. Die Aussprache soll in erster Linie praktisch-politischen Fragen gewidmet sein. Als Dozenten wurden u. a. Professor Martin Spahn, Dr. Karl C. von Dösch, Regierungsrat Dr. Walter Szagunn, Dr. Walther Schotte, Dr. Josef Kauler, sowie Herren aus den abgetretenen Gebieten selber gewonnen. Eine beschränkte Zahl von ganzen oder teilweisen Freistellen steht zur Verfügung. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Politischen Kollegs E. B., Berlin W. 80, Mohrstraße 22.

§ Die Messe-Rundgebung der Saarländer und Pfälzer in Leipzig, veranstaltet vom Saar- und Pfalzverein, Ortsgruppe des Bundes „Saar-Verein“ hat einen sehr schönen und würdigen Verlauf genommen. Die genannte Ortsgruppe des Bundes „Saar-Verein“ hatte die Messewoche benutzt, um die in Leipzig besuchswerte weissenbunde Landsleute zu einer schlichten Begrüßungsfeier nach dem Börsen-Restaurant einzuladen. Der Vorsitzende, Ingenieur Sester, konnte eine stattliche Versammlung begrüßen und versicherte den Gästen aus dem Westen die Treue derer, die hier weit vom besetzten Gebiet wohnen. Stehend sangen die Anwesenden das „Deutschland, Deutschland über alles“. Der Bundespräsident des Saarbundes, Oberlandesgerichtsrat

Andres-Raumburg, stellte in den Vordergrund seiner Ansprache das stilles Gefühl der Vaterlandsliebe, der Freiheit und des Rechtes. Nicht nur die deutsche Wirtschaft liege auf dem Spiele, die Gegner fördern die Abtrennung von Gebietsstellen, deren Bewohner nach Sprache und Gesittung deutsch sind. Man will die Deutschen knechten, die als freie Männer geboren sind und das Recht beugen, das von oben gesetzt ist. Wir wehren uns gegen die fremde Gewalt und wollen nicht verzweifeln in dem Kampfe, der uns noch bevorsteht. Mit großem Beifall dankten die Zuhörer dem Redner. Der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Berlin, Verwaltungsdirektor Bogel, ergriff dann das Wort zu einer längeren Ansprache. Er feierte zunächst den Westfalenschmied von Buer als deutschen Helden und verglich seine Heldentat mit der wackeren Tat braver Pfälzer Eisenbahner, deren tatkräftigen Hilfe die Messebesucher aus dem Saargebiet es zu verdanken gehabt hätten, daß ihnen die Teilnahme an der Messe überhaupt ermöglicht worden sei. Redner machte darüber folgende interessante Mitteilungen: Mit welchen Schwierigkeiten die Reise der deutschen Brüder aus dem besetzten Gebiet zur Leipziger Messe verbunden war, zeigt ein Erlebnis einiger wackerer Saarländer, die es sich nicht nehmen lassen wollten, zur Frühjahrsmesse nach Leipzig zu kommen. Infolge der Störungen im Zugverkehr war es ihnen nicht möglich, die Reise per Bahn schon von ihrem Heimortorte anzutreten. Aber sie ließen sich keine Mühe verdrücken, um zu ihrem Ziele zu gelangen. Sie konnten den nächsten Zug erst in einer Entfernung von 40 Kilometer von ihrem Heimortorte erreichen. Schnell beschlossen sie, die Strapazen dieses Marsches auf sich zu nehmen. Und hier zeigte sich auch gleich das treue Zusammenhalten aller Volksgegnossen in der von den Franzosen vergewaltigten Zone. Tapfere Eisenbahner erboten sich, den Messebesuchern das Gepäck bis zur Eisenbahn zu schaffen. Und so traten die Eisenbahner zusammen mit den Kaufleuten den 40-Kilometer-Marsch bis zum Zuge an. Die Kaufleute erachteten es als ihre selbstverständliche Pflicht, die Eisenbahner für ihre freundliche Hilfeleistung zu entschädigen. Aber hier zeigte sich aufs neue die Selbstlosigkeit dieser Männer, die nur im Interesse der gemeinsamen deutschen Sache gehandelt hatten und die Annahme einer Vergütung glatt ablehnten. So zogen sie in dem stolzen Bewußtsein, an ihrem Teile etwas für die deutsche Wirtschaft geleistet zu haben, ohne ein Entgelt wieder in ihre 20 Kilometer zurückliegende Heimat, so daß sie von der Grenze 60 Kilometer zurückgelegt hatten. Deutsche Willenskraft zeigt sich hier in erfreulicher Stärke. Deutschland könne trotz aller Unterdrückung nicht untergehen. Hierauf ging Redner kurz auf die Entstehungsgeschichte des Bundes „Saar-Verein“ ein, indem er auf die Erfolge des während der Vorfriedensverhandlungen tätig gewesenem „Saargebietsschutz“ hinwies und auch die Schwierigkeiten schilderte, die der Bund „Saar-Verein“ infolge französischer Forderungen in den Kreisen der eigenen Landsleute im Saargebiet im Anfange seiner Tätigkeit durchzumachen gehabt habe. In völliger Verkennung der außerordentlich wichtigen Aufgabe, die der „Bund Saar-Verein“ sich gestellt habe, nämlich im unbesetzten deutschen Vaterlande Verständnis und Interesse für die Not und das Leid der Saargebietsbevölkerung hervorzuheben, hätten sich viele Landsleute in der ersten Zeit, zum Teil aus einem Angstgefühl heraus, sich persönlich Schaden zufügen zu können, zum Teil aber auch als Opfer französischer Propaganda und Hetze dem Bund „Saar-Verein“ gegenüber nicht nur ablehnend, sondern geradezu gegen ihn arbeitend benommen. Das sei anders geworden, denn heute kenne jeder im Saargebiet das segensreiche Wirken des Bundes und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, und die Notwendigkeit dieser Tätigkeit sei allgemein anerkannt. Zurzeit müsse es eine der Hauptaufgaben sein, dahin zu wirken, daß das Saargebiet bei allen öffentlichen Kundgebungen und Anlässen durch besondere Benennung Berücksichtigung findet. Man dürfe nicht nur von einer Rhein- und Ruhrhilfe sprechen, sondern es müsse das Wort geprägt werden „Rhein-, Ruhr- und Saarlilfe“ und auch die Mosel, die Nahe und die Pfalz dürften unter keinen Umständen immer und immer wieder durch den allgemeinen Ausdruck „Rheinland“ unberücksichtigt bleiben. Sodann ging Redner auf das Endziel der französischen Politik näher ein, indem er mahnende Worte an die Zuhörer richtete, unter allen Umständen stets und allüberall für die Einheitsfront und für die deutsche Einmütigkeit eintreten zu wollen. Das Wort Friedrich Stampfers vom „Vorwärts“ im Juni 1919: „Ich glaube bestimmt, daß wir den letzten Gang, der mit diplomatischen Mitteln auszuföhren ist, ehrenvoll zum Augen unseres Volkes bestehen könnten, wenn unser Volk nur die dazu nötige moralische Widerstandskraft aufbrächte,“ sei heute angebracht denn je. Diese Worte kämen gleich dem Appell des Reichstagslers Dr. Cuno an das deutsche Volk, den Widerstandskampf durchzuführen und durchzuhalten mit allen Kräften. Nach eingehender Schilderung des

Luges und Truges, denen das deutsche Vaterland durch die 14 Wilsonschen Punkte und durch die französische Lügenpropaganda zum Opfer gefallen sei, ging Redner dann auf gewisse Einzelheiten im Saargebiet näher ein, indem er vor allen Dingen die Angelegenheit des „Reineidsministers“ Hector, jenes schon lange bekannten Lumpen und Landesverrätters, an Hand der Gerichtsverhandlung schilderte und dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß auch noch über verschiedene andere traurige Kreaturen die Akten geöffnet werden müßten, um diese Leute ebenso an den Pranger zu stellen, wie den Verräter Hector. Sein persönlicher Herzenswunsch sei der, daß die Befreiung der lieben Saarheimat einmal so plötzlich komme, daß es derartigen Dunkelmännern und Lumpen unmöglich gemacht werde, das Saargebiet verlassen zu können, damit die Abrechnung sofort und gründlich vorgenommen werden könnte. Seine weiteren Ausführungen betrafen die durch den Währungs dualismus und die zwangsweise Einführung des Franken geschaffenen Verhältnisse sowie die Deutscherhaltung der Schulen im Saargebiet. In glühenden Worten schilderte der Redner die unauslöschliche Heimatliebe der Saarländer, und schloß mit den Worten:

„Ich bin geboren, deutsch zu fühlen,

Bin ganz auf deutsches Denken eingestellt.

Erst kommt mein Volk, dann all die andern Völkern,

Erst meine Heimat, dann die Welt!“

Stürmischer Beifall wurde diesen an die zahlreichen Landesleute gerichteten Worten zuteil. Bei schönen Gesangsvorträgen zur Laute von Frau Hauptmann Ruppe und Fräulein Kolbe sowie Vorträgen humoristischen Inhalts in sächsischer Mundart verblieb man bis gegen Mitternacht in schönster Gemütslichkeit zusammen, und die Bitte des 1. Vorsitzenden der Ortsgruppe Leipzig, des Herrn Ingenieur Sester, dem das vorzügliche Gelingen des schönen Begrüßungsabends ganz besonders zu verdanken ist und der sich um die gesunde Entwicklung der Ortsgruppe Leipzig außerordentlich hohe Verdienste erworben hat, den Brüdern und Schwestern in der Heimat herzliche Grüße und die Versicherung überbringen zu wollen, daß man ihrer im nicht-besetzten deutschen Reichs stets gedenken werde, ganz besonders aber durch die Tätigkeit des Bundes „Saar-Verein“ und seiner Ortsgruppen, versprochen alle anwesenden Saarländer freudigst und gern nachkommen zu wollen.

Die Geschäftsstelle Saarverein hat in einer Eingabe vom 26. Februar an das Reichsministerium des Innern und das preussische Ministerium des Innern Abschriften von zwei Zeitungsartikeln eingereicht, die in der Presse des Saargebiets zum Abdruck gekommen sind und die Überschrift „Ruhr-, Rhein- und Saarlilfe“ tragen. Daran wurde der Hinweis geknüpft, welcher großer Wert im Saargebiet mit Recht darauf gelegt würde, daß das Saargebiet bei jeder sich bietenden Gelegenheit, Kundgebungen usw. mitgenannt wird. Unter dem 15. März hat die Geschäftsstelle Saarverein die Reichs- und Staatsregierung wiederholt aufgefordert, die Bezeichnung „Rhein oder Ruhr“ durch den Zusatz „Saar“ zu vervollständigen, um so der Bevölkerung im Saargebiet immer wieder vor Augen zu führen, daß auch des abgetrennten Saargebietes in der gleichen Weise gedacht wird wie des besetzten Rheinlandes und des Raubes des Ruhrgebietes. Die Geschäftsstelle hat gebeten, ihr noch vor der Sitzung des Bundesvorstandes (23. März) Bescheid zugehen zu lassen, ob ihrer Anregung entsprochen wurde, und in welchem Umfange das Saargebiet bei der Rhein- und Ruhrhilfe Berücksichtigung finden wird.

von Halfern-Spende.

Bestand am 25. Januar 1923 = 410 635 M.

Weitere Zuwendungen:

Frau Eisenb.-Direkt.-Präs. Thome, Bafewart . . .	1 000 M.
Saar-Verein, Ortsgruppe Hannover . . .	3 000 „
Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei Zehlendorf . . .	
Nikolassee-Wannsee	1 500 „
Schmidtborn, Berlin	50 000 „
Josef Kiefer, Schweiz	35 000 „
Theater-Verein Alt Nürnberg-Scherlebed	4 600 „
Ungenannt	20 000 „
Thomas, Schenectady N. Y., Amerika, 2. Teil	55 350 „
Jakob A., Saarbrücken	1 000 „
Math. Beder, Potsdam	3 000 „
H. A. L. (Ungenannt)	50 000 „
Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei Steglitz	3 300 „
dieselbe Lichterfelde	1 960 „

Bestand am 1. 3. 23 640 345 M.

Mitteilungen des „Vereins der Pfälzer“ in Berlin.

(Ortsgruppe des Pfälzerwald-Vereins, E. V.)

Vereinsadresse: Berlin-Schöneberg, Eissenacher Str. 28. Schriftführer: Fritz Müller (Tel. Stephan 0030). / Vereinslokal: Hotel Atlas, Berlin N. 24, Friedrichstr. 106, a. d. Weidendammer Brücke. Jeden Freitag Stammtisch und jeden ersten Freitag im Monat Vereinsabend. / Zuschriften, die Zeitung betr., an den II. Vorf. Carl Maria Maier, Berlin NW. 5, Gylowstraße 140 (Tel. Moabit 3011-12). / Postfach-Konto Berlin 15841.Adr.: Jakob Schmitt, Berlin-Steglitz, Postfingerstraße 16.

Vereinsnachrichten.

Nächste Vorstandssitzung Karfreitag, 31. März, bei Vorstandsmittagessen Leon Thier, Pfälzer Weinprobierstube, Lühnowstraße 46, pünktlich 8 Uhr abends.

Nächster Vereinsabend (Familienabend) am Freitag, den 6. April (und jeweils jeden ersten Freitag im Monat), um 7 40 Uhr abends, im Vereinszimmer, Hotel Atlas a. d. Weidendammer Brücke, Friedrichstr. 106. — Hierzu werden alle Mitglieder, welche das Ehrenwandenabzeichen 1922 errungen haben, ganz besonders eingeladen und zu deren Ehrung ein guter Besuch des Familienabends erwartet. — Wiederbühler und die Zeitungen, welche Lieder enthalten, mitbringen.

IV. Programm-Wanderung am 8. April 1923: „Durch den Grunewald mit allen Schikanen.“ Ab Friedrichstraße 9.04, an Grunewald 9.33. Führung: Schmitt und Müller. Bahn: Grunewald-Hundeshagen-Grunewald-Bausborn etwa 10.30 (Frühstücksrast). Gr. Stern-Saubuch-Bechloe-Leufelssee-Bichelswerder 1.30 (Mittags- und Kaffeezeit im Rest. Wilhelmshöhe-Hermann Brüder). Bahnhof Heerstraße 4.00. — Der Schlusstrunk wird auf der Wanderung bekannt gegeben. — Wer die drei ersten Programm-Wanderungen verläumt hat, muß diese und sämtliche übrigen acht Pflichtwanderungen dieses Jahres mitmachen, ansonst er des „goldenen“ Wander-Ehrenzeichens verlustig geht.

Mitglieder-Zuwachs 1923.

14. Belgateller Hans Herrmann, Reußlin, Reutersstr. 43/44 (Mallammer).
15. Frau Elisabeth Maul, geb. Gieken, Wilmersdorf, Kassanische Straße 60 (2 Brüden).
16. Kaufmann Georg Naumer, Berlin S. 59, Camphausenstr. 18 (Neustadt a. Sdt.).
17. Kaufmann Jakob Tuteur, i. Ha. Rerften u. Tuteur, Berlin, Leipziger Straße 36 (Kasserslautern).
18. Bankbeamter J. Uebel, Pichtenberg, Simplonstr. 3 (Ruhdorf).

Die Nummer 4 unserer Vereinsmitteilungen vom 15. 2. gelangte diesmal sehr verspätet, teilweise noch immer nicht in die Hände der Mitglieder, was nur darauf zurückgeführt werden kann, daß seitens einzelner Postämter dem festgedruckten Titel „Saar-Freund“ mehr Beachtung geschenkt wird als dem Ueberdruckstempel „Der Pfälzer in Berlin“. Sie tun deshalb nicht nur sich, sondern auch uns einen großen Gefallen, wenn Sie heute noch folgenden Zettel, an Ihr Postamt adressiert, unfrankiert, aber mit ihrer genauen Adresse versehen, in den nächsten Briefkasten werfen: „Postamt R. R. in R. R. Straße. Es fehlt mir noch immer die Nummer 4 des „Der Pfälzer in Berlin“ mit dem Untertitel: „Der Saar-Freund“. R. R. Straße.

Vorläufige Anzeige. Am 15. April veranstalten die Berliner Vereine Rhein-westfäl. Landsleute im Großen Schauspielhaus unter Mitwirkung des mit dem Kaiserpreis gekrönten Berliner Lehrerchorvereins und erster Solisten ein Wohltätigkeitsfest. Ein erstklassiges künstlerisches Programm zum Besten der besetzten Gebiete an Rhein und Ruhr, Saar und Harz wird aufgestellt. Auch ein besonderer Heimatabend ist in Vorbereitung. — Unsere Mitglieder erhalten baldmöglichst weitere Nachrichten.

Mitgliederbeitrag 1923. Die Zufuhr der nötigen Substanzmittel ist merkwürdigerweise plötzlich ins Stocken geraten. An der Höhe des Beitrages kann es unmöglich liegen, denn dieser ist ja seit Festsetzung schon um mehr als zur Hälfte entwertet und ein einziges Glas Bier kostet ja mehr. Was also ist schuld? Vermutlich das Ausbleiben der Zeitung also? Wir bringen deshalb unser Postfachkonto, Berlin 15841, Adr. Jac. Schmitt, Berlin-Steglitz, in angenehme Erinnerung, denn es ist uns nicht möglich, bei den heutigen Preisen für Druck und Porto noch besondere persönliche Mahnungen ergehen zu lassen. Wenn die Säumigen bei der nunmehr bestimmt zu erwartenden Uebersendung der 300 Mark auch die inzwischen eingetretene Entwertung und ferner berücksichtigen wollten, vor welche großen Aufgaben wir durch die politischen Ereignisse und die Ruhraktion gestellt sind, so sind wir dankbar und einstweilen zufriedengestellt.

Die März-Wanderung verlief tadellos. Die Führung hielt ihr Versprechen, es regnete ab und zu den ganzen Tag Schnee, regner, schattige Wege verhinderten jeden Sonnenstich und die Bewirtung war überall ff. Die Schlusssitzung in Erkner wurde erst

aufgehoben, als der entdeckte 1921er St. Martinier all all war. Unser jugendlicher Nachwuchs wird an diese „Tour“ noch lange denken, aber den werdenden Spielern, die darob das Gesicht verzogen, sei ins Stammbuch geschrieben: 1. Auch ich war ein Jüngling; 2. Wer niemals einen —; 3. Herr, ich danke Dir aus Pharisäer und Jöllner; 4. etc. pp. und die Hauptsache: „im Sohl hot's g'falle, amwer sei'm Schatz berse mer niz verrode.“

Unsere Bläseerei bedarf dringend der Aufrechterhaltung. Die Vorstandschaft hat deshalb beschlossen, allmonatlich einen Beitrag für Neu-Eingänge auszuwerfen. Die Vereinskasse aber erlaubt keine großen Eingriffe und deshalb soll auch den Mitgliedern Gelegenheit gegeben werden, sich durch Opfergaben auszuzeichnen. Ofters steht vor der Türe und mit ihm das Großreinemachen. Dabei dürfte mancher lieben Hausfrau ein Buch, das doppelt vorhanden ist, oder seinen Zweck erfüllt hat, in die Hände fallen. Allerdings sind uns nur Heimatliteratur in Poesie und Prosa, oder Erzeugnisse unserer heimatischen Dichter und Denker willkommen. Wir wären sehr erfreut und dankbar, wenn dieser kleine Hinweis Erfolg hätte, und zwei Bibliothekare stehen Tag und Nacht bereit, jedem Ansturm zu begegnen. Telephonischer Anruf oder Postkarte genügt und für solche Zwecke haben wir ja auch die verschiedenen Vorstandsadressen im Kopfe unserer Vereinszeitung angebracht. Gleichzeitig sei auch nochmals unsere Bitte in Erinnerung gebracht, die noch ausstehenden Bücher zwecks Bestandsaufnahme nun sofort zurückzugeben.

Allgemeines.

Fritz Claus f., unser beliebtester Heimatdichter und Sänger des Pfälzerwaldes, ist nicht mehr. Aus Edentoben kommt die Kunde, daß der unter obigem Dichternamen über alle Meere bekannt gewordene kathol. Stadtpfarrer und Geistl. Rat Martin Jaeger, geb. am 5. August 1853 zu Martinshöhe als Sohn des Lehrers Johannes Jaeger, am 6. Februar 1923, abends 8 Uhr, in Edentoben sanft entschlafen ist. Um ihn trauert keine Gemeinde, die ihn hoch verehrt hat, und jeder echte Pfälzerwälder. Bei der eindrucksvollen Trauerfeier und auf das Leben und Wirken dieses gottbegnadeten Pfälzerwald-Sängers werden wir noch zurückkommen.

Ruhr-Orchester. Am 3. März fand im Reichstag ein Begrüßungsabend für die drei städtischen Orchester aus Essen, Dortmund und Bochum statt, wobei der Vorsitzende des Reichsverbandes der Rheinländer Dr. Paul Kaufmann im Namen der landsmannschaftlichen Vereinigungen des Rheinlandes, der Pfalz, des Saargebietes und Westfalens eine Ansprache hielt.

Erschienen sind, alle 3 als Doppelnummer 1 und 2 für Jan. u. Febr. die Wanderklub-Zeitschriften: „Früh auf“ des Oberrheinischen Mannheims, „Waldheil“ des Pf. W. B. Ludwigshafen, und „Der Pfälzerwald“ in Zweibrücken. Ueberall das gleiche Klagegeheiß, daß die Rot der Zeit das regelmäßige monatliche Erscheinen unmöglich macht. Und überall die gleiche Stimme aus dem Hintergrund: Schickt Geld, Geld und nochmals Geld, und wenn nicht mehr, so doch wenigstens soviel, als ihr kühnlich seid, nämlich den für schwache Schulner-Schultern festgesetzten Mindestbeitrag.

C. M. Reichsverband der Rheinländer. Als der Reichsverband der Rheinländer gegründet wurde, sind die Pfalz, das Saarland und Hessen zweifelsohne übergegangen worden. Inzwischen sind nun auch das rechtsrheinische Rheinland um das Ruhrgebiet herum und ein wichtiger Teil von Westfalen sowie badische Städte beiegt worden. Es dürfte sich deshalb sehr empfehlen, wenn der Reichsverband der Rheinländer seinen Titel ändert, denn es läge nicht im Interesse der Einheit und Einigkeit, wenn jetzt jeder der betroffenen Länder einen eigenen Reichsverband gründen wollte. — Es würde auch zu weit führen, wenn der neue Titel alle Länder namentlich enthalten würde, wie etwa Reichsverband der Rheinländer, Westfalen, Saarländer, Pfälzer und Badener. Für diesen Fall wäre der einzig richtige Titel kurzweg: Reichsverband des besetzten Westdeutschlands, in dessen Präsidium als Vorsitzenden der landsmannschaftlichen Vereinigungen der Rheinländer, Westfalen, Hessen, Pfälzer, Saarländer und Badener vertreten sein müßten. Sind wir erst einmal so weit, dann wäre nicht nur Preußen, sondern auch Bayern, Baden und Hessen an der Sache interessiert, was zur weiteren Folge hätte, daß sämtliche landsmannschaftlichen Vereine im Reich dem Reichsverband als unterstützende Mitglieder beitreten.

Der Feind in der Pfalz.

Speyer. Eine Anzahl Vertreter der politischen Parteien der Pfalz sowie der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände war bei dem Kreisdelegierten in Speyer, General de Meh, vorbestellt worden, um gegen die Beamtenausweisung sowie gegen die Beschlagnahme der Forsten und der Gelder der Banken Protest zu erheben, bzw. ihre Aufhebung zu erwirken. Der Kreisdelegierte erklärte indes, daß eine Aufhebung der Ausweisungen in keiner Weise in Frage kommen könne. Was die Zölle und die Verwaltung der Forsten anbelange, so würden hierfür zwei besondere Verwaltungsabteilungen gebildet werden. Die Beschlagnahme erstreckte sich in erster Linie auf den Staatswald, während die Gemeindeforsten nur teilweise in Betracht kämen. Der General machte darauf aufmerksam, daß noch weitere Ausweisungen folgen würden und eventuell mit der Verhängung des Belagerungszustandes zu rechnen sei. Weiter machte er die Mitteilung, daß die beschlagnahmten Gelder der BKS freigegeben worden seien. — Damit war die Unterredung beendet.

Die politischen Parteien der Pfalz haben folgende Rundgebung erlassen:

Die Bevölkerung der Pfalz protestiert aufs Schärfste gegen die nunmehr auch in unserer Provinz begonnenen Missetaten. Seit vier Jahren haben wir die harten Verpflichtungen des Friedensvertrages in besonders erschwerendem Maße auf uns genommen, ohne laut zu murren, weil wir das ohnehin bittere Schicksal unseres Vaterlandes nicht noch trauriger gestalten wollten. Wir sind auch gewillt, für den Rest der lastenreichen Besatzungszeit in gleicher Disziplin auszuhalten. Was aber jetzt bereits geschehen ist, kann nicht mehr mit der gleichen Geduld hingenommen werden. Unsere Pfalz ist deutsches Land und wird es trotz allem bleiben. In einem deutschen Lande aber schulden deutsche Beamte in erster Linie deutschen Behörden gegenüber Gehorsam. Wir erklären daher, daß die pfälzische Gesamtheit die Besatzung hinter den gegen alles Gesetz, gegen Menschlichkeit und Völkerecht gemäßigten Beamten und hinter den durch Ausweisung gestraften unschuldigen Frauen und Kindern steht.

Den Bewohnern des Ruhrgebietes, welche uns in diesen Tagen ein leuchtendes Beispiel brüderlichen Zusammenstehens geben, senden wir hier von der Südwesstrecke Deutschlands dankbaren Herzens innige Brudergrüße. Von unseren Pfälzer Landsleuten erwarten wir in diesen Wochen, daß sie sich in allem der begonnenen harten Zeit bewußt sind. Die schwere Stunde muß einen einheitlichen Volkswillen finden.

Zweibrücken. Eine Vollversammlung sämtlicher Betriebsräte staatlicher und industrieller Betriebe von Zweibrücken und Umgebung faßte eine Entschlieung gegen die Ausweisung des pfälzischen Regierungspräsidenten, die dem Bezirksdelegierten sofort zur Weiterleitung zugestellt worden ist.

Landau. 22. Februar. Die von den Franzosen verhafteten pfälzischen Beamten, die in den französischen Gefängnissen untergebracht sind, werden von den Franzosen wie Verbrecher behandelt. Ein höherer Eisenbahnbeamter, der später ausgewiesen worden ist, wurde nach seiner Verhaftung in eine Zelle gesperrt, in der das Licht sofort ausgeblendet wurde, so daß der Gefangene sich nur mit Mühe und Not zurechtfinden konnte. Trotz der großen Kälte wurde der wiederholten Bitte des Beamten, die Zelle zu heizen, nicht entsprochen, die Zelle war während der sechs Tage der Gefangenschaft ungeheizt. Die Gefangenen werden wie Verbrecher einer Leibesvisitation unterzogen, bei der ihnen sämtliche Gegenstände abgenommen wurden.

Französische Kriegsvorbereitungen. Von einer zuverlässigen Quelle in Mainz erfährt „Der Deutsche“ folgendes: Im französischen Hauptquartier in Mainz sind Pläne fertiggestellt worden, die erkennen lassen, wie sehr die Franzosen sich auf den Kriegsvoll vorbereiten. Die fertigen, aber noch nicht angelegten Pläne enthalten die Internierungsanweisungen für alle deutschen männlichen Personen vom 20. bis 25. Lebensjahr, ferner die Anweisungen darüber, daß alle deutschen männlichen Personen zwischen 16 und 45 Jahren täglich sich an noch zu bestimmenden Orten melden.

Besetzt wurden am 23. Februar die Hauptzollämter Ludwigshafen, Landau und Kaiserslautern, am 2. März die Häfen von Mannheim und Karlsruhe, dabei drei Redarschiffe mit Salz beladen beschlagnahmt — alles gestohlen.

Verhaftet wurde Zollamtmann Richter, Kassenvorsteher am Hauptzollamt Ludwigshafen a. Rh., und Amtsgerichtspräsident Jung, Ludwigshafen, der sich weigerte, den verhafteten Eisenbahninspektor Gottfried in das Amtsgerichtsgefängnis aufzunehmen.

Die Militarisierung des pfälzischen Eisenbahnnetzes und damit die Stilllegung des ganzen Betriebes hat am 3. März vormittags in Ludwigshafen begonnen.

Pirmasens. 9. März. In der Nacht vom 7. zum 8. März wurde in Pirmasens der 21 Jahre alte Kaufmann Eugen

Rung mitten in der Stadt mit mehreren Messerstichen in Gesicht und Kopf und seiner Uhrkette und Brieftasche beraubt tot aufgefunden. Die angestellten Ermittlungen ergaben, daß zwei Marokkaner zweifellos als Täter in Frage kommen. Sie wurden verhaftet und dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt.

Ludwigshafen. 15. Februar. Zwei Eisenbahnwagen, in denen sich deutsche Schupo-Beamte, die im Ruhrgebiet von den Franzosen verhaftet worden, trafen auf dem Ludwigshafener Hauptbahnhof in Begleitung französischer Soldaten ein. Da die pfälzischen Eisenbahner sich weigerten, die beiden Eisenbahnwagen weiterzubefördern, entstand im Zugverkehr von Ludwigshafen eine längere Störung. Die deutschen Schupo-Beamten wurden nach Zweibrücken gebracht, wo, wie berichtet, das neue Zellengefängnis von den Franzosen beschlagnahmt und mit Gewalt von den deutschen Straf- und Untersuchungsgefangenen geräumt worden ist.

Die Ausbreitungen der Besatzungstruppen. Am Nachmittag des 19. Oktober 1919 kamen sieben französische Soldaten in die Zieglerische Wirtschaft in Weyher. Sie waren teilweise angetrunken, belästigten die Gäste und hantierten mit ihren Revolvern. Nach einiger Zeit gelang es, sie zum Verlassen der Wirtschaft zu bewegen. Nachdem sie draußen noch in eine Schlägerei verwickelt worden waren, verließen sie den Ort Weyher und gingen nach Ludwigshafen, wo sie Verstärkung und dort wahllos in die Häuser und gingen gegen die Einwohner Mordtaten. Dann kehrten sie nach Weyher zurück, schossen dort wahllos in die Häuser und gingen gegen die Einwohner vor. Die 50-jährige Katharina Graf, die zufällig am Fenster stand, wurde von einem Schuß in die Stirn getroffen und kam tot zu Boden. Der Winger Seelos sowie Joseph Graf, die den Soldaten zufällig in die Arme fielen, wurden schwer mißhandelt und mit Gewehrköpfen geschlagen. Hinter Graf schossen die Franzosen noch her, als er sich losgerissen hatte und flüchtete. Der Vorfall war Gegenstand einer Protestnote der deutschen Waffenstillstandskommission. Ob auf diese etwas veranlaßt worden ist, ist nicht bekannt geworden.

Regierungsdirektor Mathews. der Nachfolger des ausgewiesenen Regierungspräsidenten der Pfalz, Freiherr von Ehlingensperg, ist ebenfalls aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden. Seine Familie mußte den Rhein in vier Tagen überschritten haben.

Speyer. 24. Januar. Die Beamten der Regierung in Speyer haben dem ausgewiesenen Regierungspräsidenten zum Abschied folgende Gebührensadresse überreicht:

Da nunmehr die Abschiedsstunde bevorsteht, gestatten Sie hochverehrter Herr Regierungspräsident, daß wir Ihnen nachstehendes Treuegelöbniß auf den Weg zu den deutschen Brüdern rechts des Rheines mitgeben: Wir sind stolz, unter Ihrer Führung für Deutschland, Bayern und die Pfalz haben arbeiten zu dürfen. Wir bewundern Ihren geraden, offenen Sinn und Ihre Standhaftigkeit, die sich in allen schwierigen Lagen, so im Sommer 1919, im Herbst 1921 und jetzt auch wieder bewährt haben. Wir erblicken in Ihnen das Vorbild eines tapferen deutschen Beamten. Wir geloben feierlich, komme was da wolle, diesem Vorbild nachzueifern und als deutsche Beamte zu handeln.

Neustadt. 22. Januar. Der Direktor der Reichsbankstelle in Neustadt a. d. H., Rothaus, ist von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet und nach Landau abtransportiert worden, weil er sich geweigert hat, den Franzosen die von ihm geforderten Bankabschlüsse herzustellen zu lassen.

Ludwigshafen. 24. Januar. Um eine Freigabe der beschlagnahmten Gelder zu erreichen, begab sich eine Abordnung von Arbeitervertretern sowie der Sekretär des Metallarbeiterverbandes zur französischen Behörde. Oberst Menetries erwiderte ihnen, daß die drei Konten, die bei der Reichsbank beschlagnahmt seien, die der Zölle, der Forsten und der Kohlensteuern seien. So lange nicht der Nachweis erbracht sei, daß die beschlagnahmten Gelder nicht aus den beschlagnahmten Konten stammten, müßten die Gelder beschlagnahmt bleiben. Auch die Schritte, die die Anilinfabrik bei General de Meh in Speyer unternahm, blieben ohne Erfolg.

Oberbürgermeister Strobel von Pirmasens. vor einiger Zeit verhaftet, im Gefängnis wie ein Verbrecher behandelt, wurde am 2. März in Mainz ohne Zuhörverhör zu vier Jahren Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, weil er — dieser Verbrecher — sich geweigert hat, französische Pläne anzuschlagen und nicht verhindert, daß diese von den Franzosen nun selbst angeschlagenen Pläne, von der erregten Bevölkerung entfernt wurden. — In Pirmasens wurde der Belagerungszustand verhängt. Infolge der Verhaftung des ersten Bürgermeisters Strobel kam es heute früh zu einer Straßendemonstration. Die Wache wurde verstärkt, ging gegen die Ansammlung vor und verhaftete einige Personen, unter ihnen auch den zweiten Bürgermeister von Pirmasens, Römerling.

Bücherschau.

„Deutschland und die Schuldfrage.“ In Verbindung mit dem Arbeitsausschuß deutscher Verbände bearbeitet von Dr. Ziegler. Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin W. 35. Grundpreis 3,75 M. multipliziert mit der Schlüsselzahl des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler.

Durch die Zusammenarbeit berufener Führer aller politischen Lager ist damit gerade zur rechten Zeit ein Werk fertig geworden, welches dazu dienen soll, durch die Wahrheit in der Schuldfrage den Kampf gegen die Väter des Versailler Vertrages, gegen die Kriegsparteien der Ententevölker wirksam zu führen. Im ersten Kapitel formuliert Bernhard Dernburg die Schuldfrage, wie sie zur Debatte steht; in den nächsten drei Kapiteln schildern Freiherr von Schoen, Professor Dr. Hoegsch und Dr. Ludwig Quessel die Vorkriegspolitik der drei Ententestaaten Frankreich, Rußland und England. Daran schließt sich die Darstellung der deutschen Verteidigung gegen die Einkreisung von Ministerialdirektor Heilbronn. In dem folgenden Artikel wird durch Graf Montgelas zum ersten Male allgemein der Vorwurf widerlegt, Deutschland habe die Friedensbestrebungen der Haager Konferenzen „sabotiert“. Zugleich wird der defensive Charakter der deutschen Rüstungen nachgewiesen. Zum Kriegausbruch legt Prof. Delbrück das Verhältnis Rußlands, Serbiens und Österreichs 1913/14 dar. Es folgt die in allen Einzelheiten dokumentarisch belegte Schilderung der letzten Juli- und ersten Augusttage des Jahres 1914 von Dr. Ditz. Mit einem besonderen Kapitel behandelt Bernhardt Schwerfeger die belgische Neutralität, weil mit der Verletzung auf deren Schutz England seinen sofortigen Eintritt in den Krieg begründet hat. Den Beschluß der Sachkapitel bildet Dr. Käfers scharfsinnige Untersuchung des Schuldparagraphen 231, seine Entstehung auf der Friedenskonferenz 1919 und seine juristische Auslegung. Das Buch ist ein Zeugnis für den Willen des ganzen deutschen Volkes zum Kampf gegen den Schuldpruch von Versailles — für die Wiederherstellung seiner Ehre und muß in allen Kreisen des deutschen Volkes verbreitet werden als Lehrbuch und Waffe. Es muß aber auch hinausgetragen werden in die Kreise des Auslandes, die sich der Wahrheit nicht verschließen wollen.

Ein neues Heimatbuch hat der bekannte Historiker des Saar-gebiets, Prof. Dr. h. c. Ruppertsberg mit der im Auftrage der Gemeinde Dudweiler geschriebenen „Geschichte der Gemeinde und Bürgermeisterei Dudweiler“ nunmehr fertiggestellt. Das Buch bietet eine umfassende und reichhaltige Sammlung geschichtlicher Dokumente und Begebenheiten aus der Entstehung und der Entwicklung der Gemeinde und Bürgermeisterei Dudweiler in inhaltlich übersichtlich gegliederter Form. Es ist das erste derartige Geschichtswerk unserer engeren Heimat von dauerndem und bleibendem historischen und wissenschaftlichen Wert, sowohl für die jetzige als auch die spätere Generation.

Briefkasten.

* M. S. in S. Sendung vom 7. Februar d. J. mit 2000 M. richtig eingegangen. Desgl. Ueberweisung vom 2. März mit 2000 M. Herzl. Glück auf!
* S. S. 10 000 M. eingegangen, herzl. Dank in alter Heimatliebe. B.

Badische Bank • Karlsruhe

Telefon 183-185 Friedrichsplatz 12 Telefon 183-185
Telegramm-Adresse: „Badenbank“

Ankauf der vom Reiche als Ersatz
für Auslandsschäden gegebenen

Reichsschatzwechsel

zu kulantem Bedingungen.

Bei Anstellung genaue Bezeichnung der Stücke und
Fälligkeiten erforderlich.

Bund „Saar-Verein“, Ortsgruppe Berlin

Einladung

zur

Jahres-Mitgliederversammlung

am Montag, den 26. März 1923, abends 8 Uhr
im großen Saale „Zum alten Astanier“ (1. Etage)
Anhaltstraße 11.

1. Bericht über die Tätigkeit des Bundes „Saar-Verein“, Ortsgruppe Berlin im Kalenderjahr 1922.
2. Rechnungsablage, Entlastung des Vorstandes und der Geschäftsführung.
3. Neuwahl des Vorstandes.
4. Neufestsetzung der Jahresbeiträge und Aufforderung zur Einzahlung außergewöhnlicher Zuwendungen.
5. Wahl der Vertreter für die 3. Tagung des Bundes „Saar-Verein“, verbunden mit einer großen Saar-Kundgebung Ende Mai 1923 in Karlsruhe.
6. Besprechung des Arbeitsplanes für das Jahr 1923.
7. Erhöhung des Bezugsgeldes für den „Saar-Freund“.
8. Sonstiges.

Nach Beledigung der Tagesordnung auf vielseitigen Wunsch

Unterhaltungsabend

bei Musik-, Gesangs- und sonstigen Vorträgen. Mitglieder, welche dabei mitwirken wollen, werden um freundliche rechtzeitige Anmeldung der Vorträge gebeten.

Für einen genussreichen Abend ist in jeder Beziehung Sorge getragen, die Mitglieder bitten wir herzlich und dringend um rege Beteiligung.

Mit treudeutschem Saargruß!

Der Vorstand.

Fett,
Vorstands.

Th. Vogel,
Schriftführer.

Saarländer - Stammtisch in Berlin.

Die regelmäßigen Zusammenkünfte unserer Landsleute,
Freunde und Bekannten finden

jeden Donnerstag Abend

im „Klaufner“, Berlin W., Krausenstraße 64 statt
am „runden Tisch“ hinnen im de hlanercht Stubb im Egge“.



Die neue Sportholz-
Klommenschelbe
ges. gesch.
Größe Halbkreis,
leichteres Gewicht, in
Isosceles & Kanten
bestens bewährt

Friedrich Klein

SW. 68, Alte Jakobstraße 19
Fernruf: Amt Dönhoff 9702.

Elektro- Motore!

nur erstkl. Fabrikate,
ab Lager oder kurz-
fristig lieferbar.

Ing. Büro Fank

Berlin W. 15,
Meierottost. 1.
Fernruf: Pfalzburg 92.